

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 4

September 1970

6. Jahrgang

Der Bezirk der Oberpostdirektion Neustadt

Präsident Dr. Schenke, Neustadt an der Weinstraße

„Viel Wald, viel Wein, die Pfalz am Rhein“, – so und ähnlich steht es werbend in den Blättern für den Fremdenverkehr. „Viel Industrie von Weltrang und eine Reihe landwirtschaftlicher Sonderkulturen wie Obst, Gemüse und Tabak“ müßte man hinzufügen, um das Bild zu runden. Im Lande Rheinland-Pfalz, das nach dem zweiten Weltkrieg von der französischen Besatzungsmacht neu geschaffen und vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestätigt worden ist, nimmt die politisch gewachsene Einheit der Pfalz, die den südlichsten Landesteil umfaßt, eine so bedeutende Stellung ein, daß sie im Doppelnamen des Landes ausdrücklich genannt wird. Sie deckt sich genau mit dem Bezirk der Oberpostdirektion Neustadt an der Weinstraße.

Die überaus wechselvolle Geschichte der eigentlichen pfälzischen Lande, die weit über das Gebiet der heutigen Pfalz hinausreichten, begann damit, daß Kaiser Friedrich I. Barbarossa seinen Stiefbruder Konrad von Schwaben 1155 als ersten weltlichen Reichsfürsten mit der Pfalzgrafschaft bei Rhein betraute. Sie ist über die Jahrhunderte hinweg gekennzeichnet durch eine Aufsplitterung in zahlreiche weltliche und geistliche Herrschaften, durch ständige dynastische Streitigkeiten, durch kriegerische Auseinandersetzungen und Zerstörungen und langjährige fremdländische Besetzung. In neuerer Zeit wurde nach der Niederlage Napoleons I. in den Befreiungskriegen für die deutschen Gebiete links des Rheins zunächst eine österreichisch-bayerische Ver-



Neustadt an der Weinstraße, Sitz der Oberpostdirektion

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Präsident Dr. Schenke, Neustadt an der Weinstraße | |
| Der Bezirk der Oberpostdirektion Neustadt | 81 |
| Dr. jur. Florian, Präsident der OPD Münster | |
| Berufsbeamtentum im Wandel | 86 |
| Aus der Arbeit des Hauptvorstandes | 92 |
| Persönliches | 94 |
| Abteilungspräsident Dipl.-Ing. Julius Böwering | |
| Bericht über die Arbeit in der FITCE | 94 |
| Otto Lemke, Postrat a. D., Darmstadt | |
| Oberpostrat Hans Gerlach | 99 |
| Mitteilungen aus den Bezirksvereinen | 106 |
| Bezirksverein München | |
| Ministerialdirektor a. D. Dr. Lapp, Frankfurt am Main | |
| Die 08er | 107 |
| Einsendeschluß für Beiträge jeweils vier Wochen vor dem Erscheinungstermin. | |

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (0531) 22495/96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7385434.

Einzelheft: für Mitglieder 0,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.
Anzeigenpreisliste 1 – Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 200888.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses ausdrücklich erwähnt.

waltung eingesetzt, bis dann 1816 der neu gebildete „Rheinkreis“, von König Ludwig I. 1838 wieder in „Pfalz“ umbenannt, endgültig zu Bayern kam. (Schon 1777 war die alte Kurpfalz vorübergehend mit Bayern vereint, als die bayerische Linie des Hauses Wittelsbach ausgestorben und Bayern an den Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz gefallen war, der daraufhin seine Residenz von Mannheim nach München verlegen mußte.)

Im gleichen Jahre 1816 wurde in der nunmehr bayerischen linksrheinischen Pfalz in Speyer ein „Oberpostamt“ eingerichtet. Bis zum Jahre 1943 blieb Speyer – mit einer Unterbrechung von 1827 bis 1851 – Sitz einer Mittelbehörde der Post, die zuletzt die Bezeichnung „Reichspostdirektion“ führte. Aus Kriegsgründen wurde diese 1943 geschlossen, ihre Aufgaben wurden von der RPD Saarbrücken übernommen.

Nach Kriegsende begannen zunächst die Amerikaner, später die Franzosen – nach der Einteilung Deutschlands in 4 Besatzungszonen gemäß den Beschlüssen von Jalta – mit dem Aufbau einer neuen staatlichen Ordnung im Südwesten. Auf Anordnung der amerikanischen Militärbehörde wurde im Juni 1945 die Stadt Neustadt an der Weinstraße (damalige Bezeichnung: Neustadt an der Haardt) zum Sitz des Regierungsbezirks Pfalz und auch – an Stelle von Speyer – zum Sitz der Oberpostdirektion für die Pfalz bestimmt. Ihre Zuständigkeit sollte ursprünglich das Saargebiet und Rheinhessen mit umfassen, ist aber nach der Trennung des Saargebiets und seiner zeitweiligen Überführung in einen autonomen Status sowie nach der Eingliederung von Rheinhessen in den Bereich der OPD Koblenz auf das gleiche Gebiet beschränkt geblieben, das vorher zur RPD Speyer gehörte. Nach Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde die OPD Neustadt am 1. 4. 1950 in die Bundesverwaltung eingegliedert.

Da in Neustadt lange Zeit geeignete Räume fehlten, konnte die Überführung aller Abteilungen und Referate von Speyer nach Neustadt erst 1968 abgeschlossen werden. Nur einige Sonderdienststellen der OPD, darunter die Postschule und die Fernmeldeschule, sind in Speyer verblieben. Mit diesen Ausnahmen werden Ende 1970 alle Dienststellen der OPD in Neustadt in drei nahe beieinanderliegenden – teils angemieteten – Gebäuden in Bahnhofsnähe konzentriert und angemessen untergebracht sein.

Der OPD-Bezirk Neustadt gehört nach seiner Fläche (5484 qkm) und seiner Einwohnerzahl (1,313 Mio) zu den kleinen Bezirken, ist aber wegen seiner unterschiedlichen Strukturen und landschaftlichen Vorzüge überaus reizvoll. Nur 13,2 % seiner Einwohner leben in Großstädten, 27 % in Mittelstädten (zwischen 20000 und 100000 Einwohnern), die restlichen 59,8 % in Kleinstädten und Landgemeinden. Die Grenzen des OPD-Bezirks decken sich mit denen des früheren Regierungsbezirks Pfalz, der seit 1969 um den früheren Regierungsbezirk Rheinhessen (Sitz Mainz) zum neuen Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz (Sitz Neustadt/Weinstr.) erweitert worden ist.

Im Osten bildet der Rhein auf einer Länge von 85 km die Bezirksgrenze zum OPD-Bezirk Karlsruhe und zum Land Baden-Württemberg. Im Süden und Südwesten grenzt der Bezirk an Frankreich (Elsaß und

Einst Utopie – heute Wirklichkeit: Ein Verstärker für 10 800 Fernsprechanäle

Den Weg zum breitbandigsten aller Verstärker für Koaxialkabelstrecken markieren die Siemens-Pionierleistungen

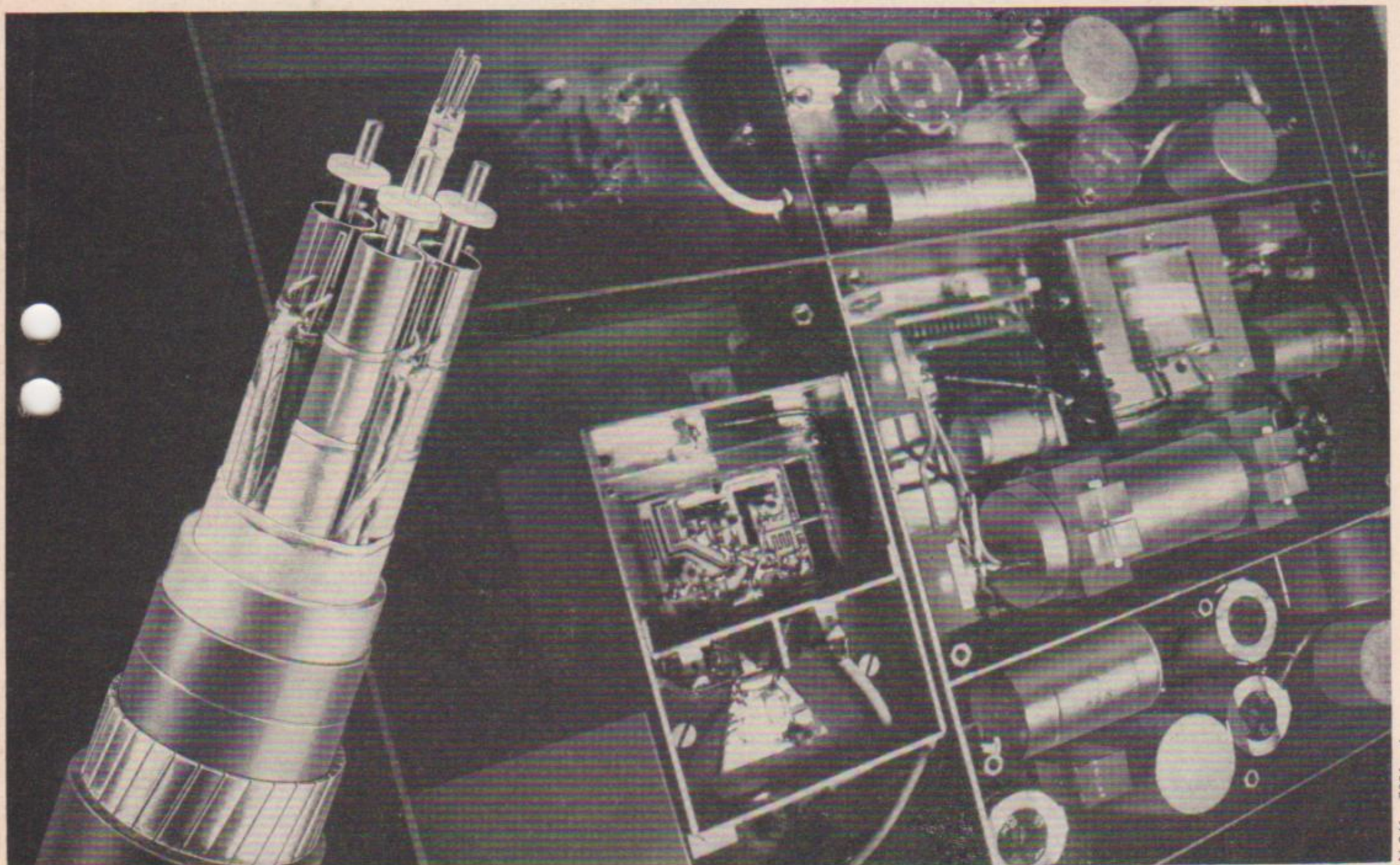
- 1936 Verstärker für 200 Sprechkanäle
- 1952 Verstärker für 960 Sprechkanäle
- 1960 Verstärker für 2700 Sprechkanäle
- 1970 Verstärker für 10 800 Sprechkanäle

Die jüngste Spitzenleistung – ein Verstärker sehr hoher Linearität mit der Übertragungsgrenze 60 MHz – wurde erreicht durch konsequente Anwendung neuer technolo-

gischer Möglichkeiten wie der Schichtschalttechnik für das Herzstück des Verstärkers.

Die unterirdisch in Behälter eingebauten Verstärker sind in bewährter Weise temperaturgesteuert.

Weitere Auskünfte durch Siemens Aktiengesellschaft, Bereich Weitverkehrstechnik
8000 München 25, Postfach 704.



TF-Breitbandsysteme von Siemens



Ludwigshafen am Rhein
Industriegelände
der BASF
und Hafenanlagen.

Lothringen), im Westen an das Saarland, im Nordwesten und Norden an den Regierungs- und OPD-Bezirk Trier und den früheren Regierungsbezirk Rheinhessen (OPD-Bezirk Koblenz). Innerhalb des Bezirks werden von Ost nach West zwei deutlich voneinander verschiedene Gebiete unterschieden: Die Vorderpfalz, das ist der zur Pfalz gehörige Teil der Oberrheinischen Tiefebene längs des Rheines bis zu den Hängen des Pfälzer Waldes, die unmittelbar aus ihr aufsteigen, in nord-südlicher Richtung verlaufen, und an deren hügeligem Vorgelände sich die berühmte deutsche Weinstraße hinschlängelt. Sodann die Westpfalz, der überwiegend gebirgige und waldreiche,

weniger dicht besiedelte westliche Teil des Bezirks, für den die Strukturpolitik eine noch stärkere wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erschließung vorsieht. Der Pfälzer Wald mit dem Nordpfälzer Bergland, dem südlich anschließenden Wasgau-Gebiet und dem westlich auslaufenden Hügelland, das „grüne Herz der Pfalz“ genannt, bildet mit einer Länge von rund 100 km und einer Breite von 30 bis 50 km das größte geschlossene Waldgebiet der Bundesrepublik. Der Donnersberg (687 m) im nordpfälzer Bergland und die Kalmit (673 m) unweit Neustadt sind die höchsten Erhebungen. Klimatisch ist die Vorderpfalz außerordentlich begünstigt. Sie ist neben der Bergstraße die ausgedehnteste wärmste Gegend Deutschlands, vor allem am Bergland, wo sie sich – auch nach den Bodenverhältnissen – besonders für den Weinbau eignet.

Mandeln, Aprikosen, Feigen, Edelkastanien, ja teilweise sogar Zitronen, Palmen und Zedern gedeihen hier im Freien.

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte liegen – vom Weinbau abgesehen – am Rhein und in den Räumen von Kaiserslautern und Pirmasens.

Ludwigshafen am Rhein ist mit rd. 180 000 Einwohnern die pfälzische Wirtschaftsmetropole und gleichzeitig die größte Stadt von ganz Rheinland-Pfalz. Chemische Großbetriebe von Weltgeltung, an erster Stelle die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) mit etwa 48 000 Beschäftigten, Werke der Metall-, Textil-, Nahrungsmittel- und Bauindustrie sowie der bedeutende Rheinhafen kennzeichnen die Wirtschaftskraft dieser Stadt, die tatkräftig daran geht, sich auch städtebaulich ein modernes, schöneres Gesicht zu geben. Diese Entwicklung ist durch die kühne Anlage des neuen, 1969 dem Verkehr übergebenen Hauptbahnhofs (Durchgangsbahnhof anstelle des bisherigen Kopfbahnhofs) entscheidend gefördert worden. Am neuen Bahnhof entsteht das neue Hauptpostamt (erster Bauabschnitt mit Gleisanschluß für den Paketverkehr 1969 mit Inbetriebnahme des Hauptbahnhofs



Speyer, Maximiliansstraße mit Dom und Altportel.

fertiggestellt). Der Neubau eines Postscheckamtes auf dem erworbenen großen Grundstücksareal ist vorgesehen.

Am Rhein sind ferner zu nennen: das industriereiche *Frankenthal* (vor allem Pumpen, Armaturen, Turbinen, Druckmaschinen; Pegulan-Werke), *Speyer* mit seinem mächtigen romanischen Kaiserdom, der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, mit zahlreichen Behörden und Industrieansiedlungen (darunter ein Zweigwerk von Siemens), *Germersheim* (Sitz des Auslands- und Dolmetscherinstituts der Universität Mainz mit etwa 800 Studierenden) und das in einer völligen Strukturwandlung begriffene, sich stark vergrößernde *Wörth* (Lkw-Montagewerk der Firma Daimler-Benz, Erdölraffinerien u. a.).

In der Westpfalz, an der Autobahn Mannheim-Saarbrücken, entwickelte sich die mitten im Pfälzerwald gelegene Barbarossastadt *Kaiserslautern* mit ihrem weithin sichtbaren 65 m hohen Rathaus, dem höchsten seiner Art in Europa, zu einer bedeutenden Industrie- und Einkaufsstadt (Eisenwerke, Nähmaschinenfabrikation [Pfaff], Textilindustrie, Zweigwerk der Adam Opel AG. u. a.). Kaiserslautern ist auch eine Stadt der Schulen und wird (zusammen mit Trier) Sitz einer Universität.

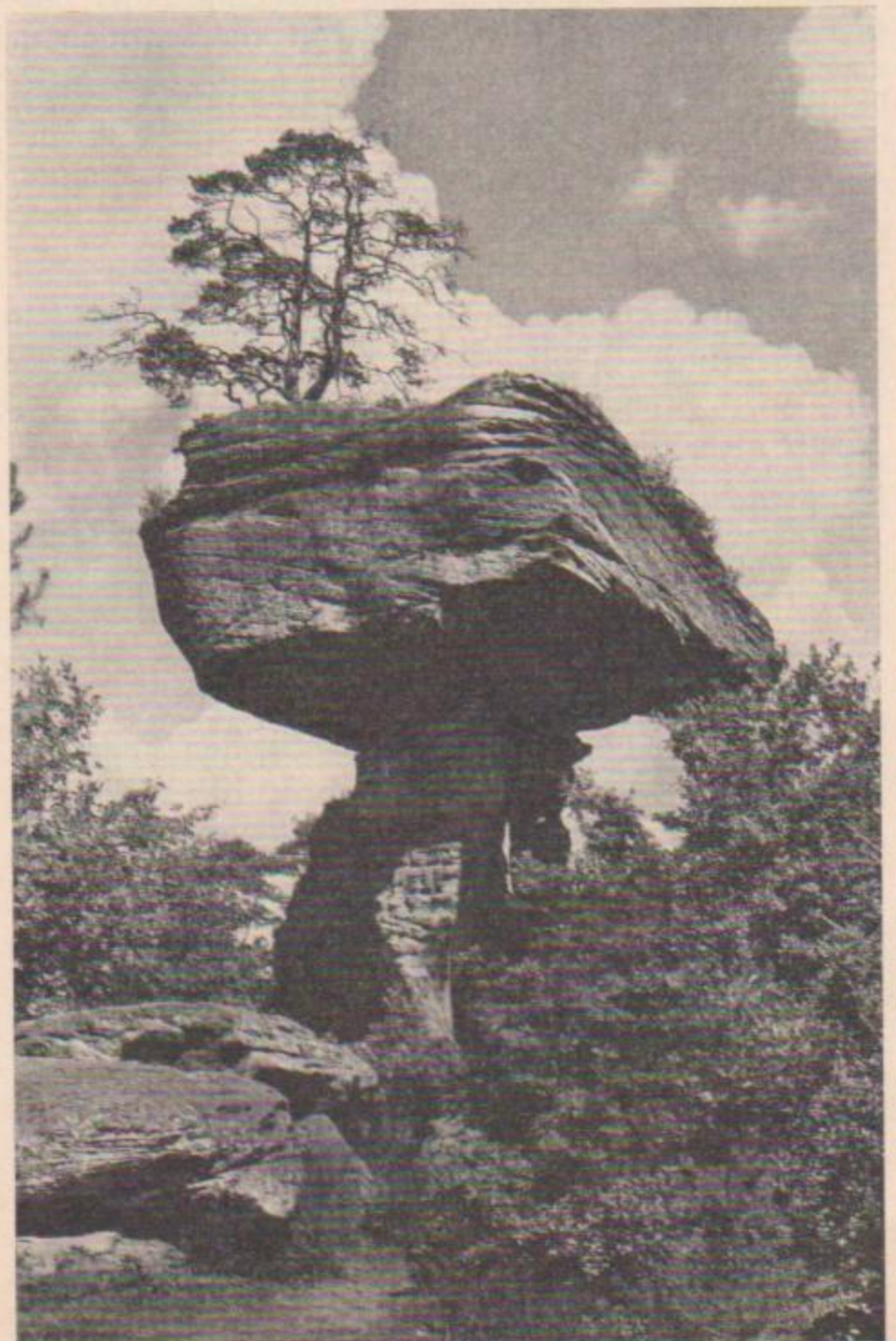
Südlich, inmitten der Wasgau-Wälder, liegt *Pirmasens*, die Stadt auf den 7 Hügeln, Mittelpunkt der pfälzischen Schuhindustrie. (Von 449 Schuhfabriken des Landes sind 445 in der Pfalz ansässig, davon die meisten im Stadt- und Landkreis Pirmasens). Alle drei Jahre findet hier die Internationale Schuh-, Leder- und Maschinenmesse statt, von der die Fachpresse sagt, sie sei die größte Schuhfachmesse der Welt. Unweit Pirmasens ist als Zentrum des saarpfälzischen Raumes *Zweibrücken* zu nennen, die „Stadt der Rosen und Rosse“, mit Eisen- und Schuhindustrie, Sitz des Oberlandesgerichts für die Pfalz im wieder aufgebauten barocken Herzogsschloß.

Was aber wäre die Pfalz ohne ihren Wein? Etwa 20 % der gesamten deutschen Anbaufläche für Wein liegen in der Pfalz. Namen wie Bockenheim, Kallstadt, Ungstein, Dürkheim, Wachenheim, Forst, Deidesheim, Gimmeldingen, Mußbach, Maikammer, Edenkoben und viele andere bis hin zum deutschen Weintor an der französischen Grenze sind jedem Weinkenner ein Begriff. Nahe der Weinstraße liegt als wirtschaftlicher Mittelpunkt der südlichen Pfalz die frühere Festungs- und heutige Gartenbau- und Blumenstadt *Landau* mit den größten und schönsten Parkanlagen der Pfalz (berühmter Blumenkorso im Herbst). Das künstlerische Leben in der Stadt findet weit über ihre Grenzen hinaus Beachtung (u. a. regelmäßige Konzerte führender Solisten und bedeutender europäischer Sinfonieorchester in der akustisch gelobten Städtischen Festhalle).

Inmitten des Weinbaugebietes mit einer Rebfläche von 18 000 Hektar oder 150 qkm und zwischen den industriereichen Gebieten am Rhein und in der Westpfalz liegt, angelehnt an die Hänge des Pfälzer Waldes, *Neustadt an der Weinstraße*, eine der größten Weinbau treibenden Gemeinden Deutschlands (mit eingemeindeten Ortsteilen rd. 50 000 Einwohnern). Neustadt, Krönungsstadt der deutschen Weinkönigin, ist Sitz der Bezirksregierung und zahlreicher Behörden

und Verbände. Der Oberpostdirektion Neustadt unterstehen 16 Postämter (V), 120 PÄ, 339 PSt I, 241 PSt II und 9 PHSt, ferner 2 Fernmeldeämter (Neustadt und Kaiserslautern) und das Postscheckamt in Ludwigshafen am Rhein (93 700 Konten). Wie überall stellt auch im hiesigen Bezirk die Entwicklung des Fernmeldewesens die größten Probleme. Die Zahl der Hauptanschlüsse ist zwischen 1960 und 1970 von 53 100 auf 110 950 gestiegen, die Zahl der nicht herstellbaren Anschlüsse von rd. 5000 Mitte 1969 auf über 11 000 Mitte 1970. Zahlreiche neue Vermittlungsstellen befinden sich im Bau oder in der Planung. Das größte Bauvorhaben im Bezirk, mit dem noch 1970 begonnen werden soll, ist der Neubau eines Fernmeldeamts in Neustadt (Bausumme ca. 46 Mio; das FA ist zur Zeit auf 13 Stellen im ganzen Stadtgebiet verstreut). Auch in Ludwigshafen steht der Bau eines neuen Fernmeldedienstgebäudes bevor, für Kaiserslautern wird der Neubau eines FA geplant. Im Postwesen ist neben einer Reihe von kleineren und mittleren Vorhaben die Fortführung der Neubauten für die Postdienststellen am neuen Hauptbahnhof in Ludwigshafen dringlich.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Pfalz weist nahe beieinander liegend wichtige Plätze emsiger wirtschaftlicher Betriebsamkeit, zahlreiche Stätten weinfroher Behaglichkeit und unbeschwerten Lebensgenusses, aber auch ausgedehnte und erholsame Oasen der Stille und Beschaulichkeit auf. Und eben diese Mischung macht den Reiz des OPD-Bezirks aus. Er steht der Fläche nach an 18. Stelle, nach Einwohnerzahl und Gesamtpersonalbestand (8197) an 20. Stelle. Im Postreisedienst allerdings rückt er mit seinen 73 Linien und den Beförderungsfällen je 100 Wagenkilometer weit nach vorn und erreicht die 7. Stelle unter den OPDn.



Der Teufelstisch im Dahnener Felsenland.

Berufsbeamtentum im Wandel

Dr. jur. Winfried Florian, Präsident der OPD Münster

Umfang und Schwierigkeit des mit dem Thema umfaßten Problemkreises sind bekannt. Die einschlägige Literatur ist so vielgestaltig, daß sich ein Überblick kaum gewinnen läßt. Vor allem aber ist die Suche nach der brauchbaren Substanz sehr schwierig.

Das Thema ist aktuell und in mancherlei Punkten politisch brisant. Jeder, der in diesem Land glaubt etwas zu sagen zu haben, vor allem unsere Volksvertreter aller Schattierungen, neigen zur Kritik am Berufsbeamtentum und machen Vorschläge zur Reform des öffentlichen Dienstes.

Wir haben allen Anlaß, uns als höhere Beamte in die Diskussion einzuschalten. Wir sollten den Stand der Dinge kritisch beleuchten, Reformvorschläge aufgeschlossen durchdenken, uns offen und mutig mit den diesem Thema immanenten Problemen auseinandersetzen und wenn möglich, uns durch eigene Vorschläge in die Entwicklung einschalten, die uns alle auf das stärkste berührt.

Es ist von folgender Fragestellung auszugehen: Hat sich das Berufsbeamtentum in der zurückliegenden Zeit gewandelt, wodurch bedingt, in welcher Form und mit welchem Ergebnis? Wir sollten hierbei unseren heutigen Stand genau erkennen und von da aus weiterfragen: Ist das Berufsbeamtentum noch in der Lage, den Anforderungen, die die Gesellschaft an den Staat stellt, zu genügen, wenn ja, in welcher Weise muß es sich auch in Zukunft wandeln?

Angesichts der hierbei anzusprechenden vielfältigen Probleme muß die Darstellung sich allerdings notwendigerweise darauf beschränken, die wichtigsten Gesichtspunkte herauszustellen und einige dazu maßgebliche Gedanken zu skizzieren.

1. Bestandsaufnahme

Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Berufsbeamtentums ist notwendig, damit wir mit der neuzeitlichen Entwicklung anknüpfen können.

Der erste große Wandlungsprozeß im öffentlichen Dienst zeichnet sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts ab: Aus privaten Dienern des Landesherrn werden Diener des Staates; der Berufsbeamte wird Träger der monarchischen Staatsidee. Er ist gekennzeichnet durch strenge Pflichtauffassung und Treue zum Landesherrn. Unter der liberalen Rechtskultur entwickelt sich ein eigenständiges Beamtenrecht.

Die Entwicklung erfährt einen bedeutsamen Einschnitt durch den Wegfall der Monarchie. An die Stelle der persönlichen Bindungen des Beamten an den Landesherrn tritt die Bindung an den Staat als anonymes Wesen. Deutliche Folgen sind erkennbar: Obwohl die Weimarer Verfassung den Beamten als Diener des Staates und nicht einer Partei festlegt, zeigt sich eine wachsende parteipolitische Beeinflussung und Radikalisierung des Berufsbeamtentums.

Die einschneidenden Veränderungen, denen das Berufsbeamtentum während der Zeit des Dritten Reiches unterworfen war, sind hinlänglich bekannt. Hier werden ihm die Wandlungen in der Staatsauffassung und in der Gesellschaftsordnung besonders deutlich aufgeprägt.

Eine entsprechende Reaktion folgt nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945: Die politische Tendenz – getragen von einer verbreiteten öffentlichen Meinung – wendet sich gegen das Berufsbeamtentum. Ebenso wie in der damaligen SBZ wird es in den Ländern Hessen und Bremen verfassungsrechtlich abgeschafft. An seine Stelle tritt ein einheitliches Arbeitsrecht für die öffentlichen Bediensteten. Unterschiedliche Entwicklungen erklären sich aus der politischen Einstellung der jeweiligen Besatzungsmacht und der herrschenden politischen Kreise in Deutschland.

Aber die Erfahrungen mit den „Neubürokraten“ sind schlecht. Man greift deshalb personell auf den erfahrenen Stamm zurück und wendet sich im Interesse einer geordneten Staatsverwaltung wieder dem Berufsbeamtentum zu. Einen Abschluß der Entwicklung bildet Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes, der die Bundesrepublik ausdrücklich auf die Grundsätze des Berufsbeamtentums festlegt. Die Folge ist eine umfassende reformierte Beamtengesetzgebung. Nach dem neuen Bundesbeamtengesetz zeichnen sich folgende Grundsätze des Berufsbeamtentums ab:

1. Der Beamte steht in einem öffentlich rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis, das sich vom tarifrechtlichen Arbeitgeber-, Arbeitnehmerverhältnis deutlich unterscheidet.
2. Beamter ist ein Beruf auf Lebenszeit.
3. Der Staat steht für die finanzielle Sicherung des Beamten einschließlich seiner Alters- und Hinterbliebenenversorgung ein.
4. Auswahl und Ausbildung des Nachwuchses ebenso wie der weitere Aufstieg des Beamten bewegen sich in von Laufbahnprinzipien festgelegten Bahnen.
5. Der Beamte unterliegt einer besonderen Disziplinargerichtsbarkeit.

Formell bleibt also das Berufsbeamtentum hierarchisch geordnet, zeichnet sich durch einen homogenen Personalkörper aus und hat seine Aufgaben im Rahmen eines typisierten Aufgabenkatalogs zu erfüllen. Die Institution ist gestützt auf Fachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung. Damit soll eine stabile Verwaltung gesichert und ein ausgleichender Faktor gegenüber den das Staatsleben gestaltenden politischen Kräften dargestellt werden. Es verdient festgestellt zu werden, daß diese Konzeption des Berufsbeamtentums von allen staatstragenden Parteien uneingeschränkt bejaht wurde.

Seit der Zeit, in der das Berufsbeamtentum institutionell bestätigt wurde, zeigt sich ein bedeutsamer Wandel unserer Gesellschaft. Hierauf hat Prof. Papalekas in seinem aufschlußreichen Referat über die „Gesellschaft im Wandel“ deutlich hingewiesen.

Den von ihm dargestellten Wandlungsprozeß von der Klassengesellschaft über die pluralistische Gesellschaft zur technischen Zivilisation erleben wir in seiner letzten Stufe unmittelbar mit.

Es ist eine zunehmende Verknüpfung von Staat und Gesellschaft zu beobachten. Den früheren Zustand, in

dem die Gesellschaft von sich aus neben dem Staat, sozusagen als Komplementärform des Staates, weitgehende Bereiche frei gestaltet hat und in diesen Bereichen sogar zur Hüterin der Individualrechte und zum Kontrollorgan des Staates wurde, haben wir weit hinter uns gelassen. Die Gesellschaft kann ohne ein immer umfangreicher werdendes leitendes Eingreifen des Staates nicht mehr funktionieren. Der Staat hat in zunehmendem Maße die Aufgabe der Daseinsvorsorge übernommen und sich in diesem Zusammenhang von einer beherrschenden Eingriffsverwaltung weitgehend zur Leistungsverwaltung gewandelt. Ein Versagen des Staates in diesen Steuerungsfunktionen würde in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft zu einschneidenden Störungen führen. Als Positivum ist zu bemerken: Der Staat hat sein Ziel mehr als bisher auf die Wahrung des Gemeinwohls ausgerichtet; die Vorstellung von einer Über- und Unterordnung zwischen Staat und Bürger ist einem Zusammengehörigkeitsgefühl gewichen.

Im großen und ganzen hat sich die Verwaltung in der Lage erwiesen, sich der in Quantität und Qualität umfassend veränderten Aufgabenstellung anzupassen und ihre Aufgaben im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Sie hat in Wirtschaft und Wissenschaft bewährte Arbeitsmethoden übernommen, verknüpft mit einer umfassenden Informationssammlung und -nutzung sowie einer zunehmenden Ausrichtung auf langfristige Planungen. Natürlich bedient sie sich dabei nach wie vor sogenannter „bürokratischer“ Mittel. Aber das ist kein negatives Kennzeichen der öffentlichen Verwaltung. Im Gegenteil: Die bürokratischen Erscheinungen in der öffentlichen Verwaltung sind vergleichsweise harmlos gegenüber ähnlichen Erscheinungen im industriellen Bereich, vor allen Dingen im Bereich der Großindustrie. Alles in allem hat die Verwaltung bewiesen, daß sie in der Lage ist, ihren gewandelten Aufgabenbereich zu bewältigen.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung zeigt sich ein einschneidender Wandlungsprozeß bei den die Verwaltung tragenden Menschen, beim Berufsbeamtentum. Das ist eigentlich selbstverständlich, denn der Beamte muß sich den gewandelten Anforderungen der Gesellschaft an die Verwaltung stellen und die sich damit ergebenden Aufgaben der Verwaltung bewältigen.

An einer entsprechenden Anpassungsbereitschaft des Berufsbeamtentums hat es zu keiner Zeit gefehlt. Der Beamte kann sich diesen Veränderungen — selbst wenn er wollte — ja gar nicht entziehen. Die veränderte Aufgabenstellung schlägt sich zum einen nieder in den Vorschriften, die der Beamte bei seiner Arbeit zu beachten hat. Sie stammen regelmäßig nicht aus seinem Bereich sondern aus dem Bereich der Gesetzgebung oder der politisch gesteuerten Exekutive. Des weiteren ist zu beachten, daß der Beamte selbst ein Mitglied der Gesellschaft ist, daß er teil hat an den gesellschaftlichen Veränderungen, die sich auf seinen dienstlichen Bereich mittelbar oder unmittelbar ebenso zwangsläufig auswirken wie auf seinen privaten Bereich. Es ist einfach falsch, zu behaupten, der Beamte reagiere nicht auf gesellschaftliche Veränderungen. Es hat sich erwiesen, daß der Beamte mit umfassender Erfahrung und einem entsprechend hohen Ausbildungsgrad uneingeschränkt in der Lage ist, im Rahmen der ihm vorgegebenen Normen im Einzelfall ebenso wie in der großen Linie zu reagieren, dabei den gewandelten gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und hierbei

insbesondere auch seine persönliche Initiative einzusetzen.

Wir haben den Typ des modernen Beamten. Dies ist im übrigen nicht nur ein Generationsproblem: Es gibt ältere Kollegen, die sich den neuzeitlichen Entwicklungen höchst aufgeschlossen zeigen und in jeder Hinsicht angepaßt haben, ebenso wie wir jüngere Kollegen kennen, die in Trägheit und mangelnder Anpassungsfähigkeit verharren und der gewandelten Aufgabenstellung nicht gewachsen sind. Aber das ist ein allgemeines und kein typisches Problem der öffentlichen Verwaltung. Ich wiederhole: Wir haben den Typ des modernen Beamten. Er denkt wirtschaftlich, ist allen Rationalisierungsmaßnahmen aufgeschlossen, kann mit der Technik umgehen und versteht den Computer einzusetzen, er bildet sich fort, stellt sich den gewandelten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im dienstlichen ebenso wie im privaten Leben, er zeigt Initiative, entwickelt Aktivität und stellt sich vor allen Dingen in persönlicher Verantwortung der Aufgabenerfüllung. Delegation von Verantwortung weicht innerhalb der Verwaltung dem herkömmlichen hierarchischen System, vielerlei Aufgaben werden im Teamwork erfüllt. Die Stellung des Vorgesetzten hat sich deutlich gewandelt; der durch absoluten Gehorsam eingeeengten, hierarchisch nachgeordneten Stellung des Untergebenen ist der freie Mitarbeiter gefolgt. Der Vorgesetzte muß seine Stellung in natürlicher Autorität festigen und überzeugen, er hat sich damit abzufinden, daß er nicht alles weiß, sondern sich seiner Mitarbeiter zur Information und Beratung bedienen muß. Er muß in freier Entscheidung ein wesentlich höheres Maß von Initiative und persönlicher Verantwortung zu übernehmen bereit sein.

Obwohl nicht verkannt wird, daß dieser Wandlungsprozeß noch keineswegs abgeschlossen ist, daß es noch eine Zahl von Beamten gibt, die sich den geänderten Anforderungen nicht stellen wollen oder nicht stellen können, daß es in einer wachsenden Bürokratie immer „Sand im Getriebe“ geben wird: Die Erfolge der Verwaltung, getragen vom Berufsbeamtentum, sind eindrucksvoll. Die in aller Welt bewunderten Aufbauleistungen unseres Staates sind ohne eine entscheidende Mitarbeit des Berufsbeamtentums nicht denkbar. Ich meine, daß sich gerade in diesem Prozeß die Wandlungsfähigkeit und die Stärke des Berufsbeamtentums zugleich gezeigt hat. Die Methodik der öffentlichen Verwaltung, nach bestimmten Regeln und ohne Ansehen der Person zu arbeiten und zu entscheiden, war wohl einer der maßgeblichsten Stabilisierungsfaktoren in der jüngsten Entwicklung unseres Staates.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Blick auf das Verhältnis des Berufsbeamten zum politischen Leben zu werfen. Nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen hat der Beamte im politischen Bereich die Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung und seinen Pflichten ergeben. Diese Bestimmungen stehen wohl — zeitgemäß interpretiert — einem heute deutlich verstärkten politischen Engagement des Berufsbeamten nicht entgegen. Aufgeschlossen verfolgt der Beamte die politischen Entwicklungen, kritisch äußert er sich zu politischen Strömungen und Entscheidungen, aktiv beteiligt er sich in vielen Fällen in den politischen Parteien. Die politischen Parteien sind — so können wir wohl feststellen — auf die Mitarbeit des Beamten geradezu angewiesen. Sie nutzen ihn als sachkun-

digen Berater in dem ja auch von ihnen zu bewältigenden komplizierten gesellschaftspolitischen Bereich, sie stellen ihn als Repräsentanten in der Öffentlichkeit und vor allem in der parlamentarischen Arbeit heraus. In diesem Zusammenhang ist es interessant darauf hinzuweisen, daß fast 40 v. H. der Abgeordneten des derzeitigen Deutschen Bundestages aus dem öffentlichen Dienst kommen, während es in der vorangegangenen Legislaturperiode nur 29 v. H. waren. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß die wachsende Zahl der Beamten für die politischen Parteien ein bedeutsames Wählerpotential darstellt.

Die Wandlung des Beamten sehe ich aber im politischen Bereich vor allem darin, daß er bei der Erfüllung seiner Aufgaben mehr und mehr dazu übergegangen ist, im wohlverstandenen Sinne des Wortes politisch zu denken. Er hat erkannt, daß seine Tätigkeit in der Verwirklichung von Politik besteht. Er hat erkannt, daß er bei aller Kontinuität der Verwaltungsarbeit aufgeschlossen gegenüber neuen Impulsen, der politischen Führungsspitze sein muß.

Es ist erstaunlich und bedauerlich, daß dennoch das Verhältnis der politischen Parteien zum Berufsbeamtentum nicht immer gut ist. Vielleicht liegt es daran, daß der Berufspolitiker in vielen Fällen die fachliche Überlegenheit des beamteten „Apparatschik“ zähneknirschend erkennen und hinnehmen muß. Vielleicht liegt es aber auch darin, daß der Politiker es sich häufig zu leicht macht, Fehler in seinem Bereich auf die von Beamten getragene öffentliche Verwaltung abzuwälzen. Und schließlich kommt ein negativer Schlenker gegen die Bürokratie im Wahlkampf immer noch ganz gut an.

Das Ergebnis der Bestandsaufnahme über die zurückliegenden Wandlungen des Berufsbeamtentums läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das Berufsbeamtentum hat sich im Laufe seiner Geschichte wiederholt einschneidend gewandelt und den Veränderungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft angepaßt. Der Prozeß wurde von außen durch Veränderung der rechtlichen Grundlagen gesteuert. Wesentlicher war jedoch die innere Bereitschaft des Berufsbeamtentums, sich formell und sachlich den veränderten Anforderungen zu stellen.
2. Die Gesellschaft hat sich in jüngster Zeit besonders schnell und umfassend gewandelt. Hieraus ergibt sich eine wesentliche Erweiterung und Umformung der Aufgaben des Staates. Dies wirkt sich zum Teil einschneidend auf den öffentlichen Dienst aus. Das Berufsbeamtentum ist bereit und in der Lage, den sich daraus ergebenden Wandel mitzuvollziehen. Es hat einen hohen Beitrag zu der Aufwärtsentwicklung in diesem Lande geleistet.

2. Reformpläne und ihre Verwirklichung

Obwohl sich die öffentliche Verwaltung und mit ihr das Berufsbeamtentum den gewandelten gesellschaftlichen Erfordernissen weitgehend mit Erfolg angepaßt hat, beobachten wir erstaunt eine wachsende Kritik am Berufsbeamtentum. Wir werden mit Reformvorschlägen geradezu überschüttet.

Hierbei handelt es sich jedoch um den Teil einer allgemeinen Entwicklung. Nach der Aufbauphase im Anschluß an den verlorenen Krieg ertönt heute überall der Ruf nach Reformen. Er erstreckt sich gleicher-

maßen auf Staat und Kirche, Schule und Familie, Forschung und Lehre sowie auch Politik und Wissenschaft. Bisweilen will es scheinen, als solle Reform vom Mittel zum Selbstzweck werden und als blieben nach der Zerstörung des Bestehenden anstelle des erstrebten Neuen nur die Ruinen.

Wollen wir uns mit der Kritik an der öffentlichen Verwaltung und damit am Berufsbeamtentum auseinandersetzen, so gilt es zunächst die Spreu vom Weizen zu sondern. Lassen wir beiseite die Kritik der Gruppe der modernen Anarchisten. In deren Augen werden wir immer die Bewahrer des zutiefst verabscheuungswürdigen Reaktionären bleiben – wenn sie es gut meinen, so billigen sie uns zu, „Nützliche Idioten“ zu sein. Interessanter und wichtiger scheint die Kritik aus der breiten Öffentlichkeit. Wir sollten sie sorgfältig beobachten, denn sie ist ein notwendiges und nützliches Barometer für unsere Arbeitsleistung. Von dort her kam schon häufig ein Impuls für Veränderungen und Verbesserungen. Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang positiv zu vermerken ist, wie eine wachsende Bevölkerungsschicht Verständnis für Aufgaben und Schwierigkeiten der Arbeit in der öffentlichen Verwaltung aufbringt. Zwar scheint mir die alte Vorstellung, der Beamte sei dumm, faul und korrupt auch in den Köpfen mancher Politiker noch nicht ganz ausgemerzt. Aber entsprechende Äußerungen sind häufig nur der Ausdruck explosiver Verärgerung im Einzelfall.

Sehr ernst zu nehmen haben wir Kritik und Reformvorschläge aus dem Bereich der Berufsverbände. Deren Vertreter sind ja überwiegend ausgezeichnete Kenner der Verwaltung, besitzen jahrelange praktische Erfahrungen und wissen sehr genau um Stärken und Schwächen der Bürokratie. Die von hier ausgehenden Impulse sind überwiegend positiv zu bewerten, zumal sich die Berufsverbände auch in vielen Fällen schützend vor das Berufsbeamtentum stellen. Kritik und Reformvorschläge aus der Beamtenschaft selbst fließen zwar weitgehend in die Berufsverbände hinein. Leider ist jedoch bis heute ein in Quantität und Qualität angemessenes Engagement leitender Beamter in Richtung auf notwendige Reformen des öffentlichen Dienstes zu vermissen.

In der Kritik an der öffentlichen Verwaltung und am Berufsbeamtentum werden vor allem folgende Punkte herausgestellt: Die Strukturen der Verwaltung seien völlig überholt; die Arbeit sei durch viele Vorschriften stark behindert und die Aufblähung des Apparates unverantwortlich; der Verwaltungsstil sei veraltet; die Beamtenschaft entwickle keine ausreichende Initiative, sie sei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben viel zu immobil und schenke dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu wenig Aufmerksamkeit. Diese Punkte verdienen durchaus, kritisch überdacht zu werden. Dabei zeigt sich ein interessantes Dilemma:

Die Kritik an der Bürokratie wendet sich einmal gegen die emotionelle Beeinflussung gewisser Entscheidungen und umgekehrt gegen die unpersönliche Regelanwendung durch den Beamten. Liegt hier nicht ein Widerspruch vor? Hält man die Regeln, nach denen der Beamte arbeiten muß, für zu unpersönlich, so verlangt man ja gerade persönliche, emotionelle Einflußnahme auf deren Auslegung im Interesse der individuellen Situation eines Betroffenen; tut man dies, so bewegt man sich unter Umständen über den Rand der politisch vorgegebenen Regelungen und zieht sich den Vorwurf emotioneller Beeinflussung von Entscheidungen zu.

Im übrigen ist mit der Tätigkeit im öffentlichen Dienst zwangsläufig eine gewisse Immobilität verknüpft. Der Beamte hat sich nach dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung auf das strengste an die ihm vorgegebenen Regelungen zu halten. Angesichts der durch die gesellschaftlichen Veränderungen wachsenden Anforderungen an die öffentliche Verwaltung zeichnen sich Gesetz- und Verordnungsgeber dadurch aus, daß sie die Verwaltung mit einer Fülle sich häufig ändernder Einzelregelungen überschütten. Damit wird Bewegungsfreiheit und Initiative des Beamten entschieden eingegrenzt.

Die Aufblähung des Apparates, die zunehmende Zahl von Beamten also, hat ihren Grund keineswegs in der öffentlichen Verwaltung oder gar im Berufsbeamtentum zu suchen. Sie hängt mit der geschilderten gesellschaftspolitischen Entwicklung und der daraus folgenden politisch gewollten Aufgabenvermehrung der öffentlichen Verwaltung zusammen. Es wäre zweckmäßig und mutig zugleich, wenn jede politische Initiative zur Erweiterung der Staatsaufgaben mit dem dadurch bedingten Anwachsen des Verwaltungsapparates deutlich konfrontiert würde.

Die Behauptung schließlich, daß der Verwaltungsstil veraltet sei und häufig nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandelt werde, entbehrt gerade für den Bereich der Deutschen Bundespost, der uns zu beurteilen besonders nahe liegt, weitgehend des Beweises. Wir können uns in punkto Verwaltungsstil und wirtschaftlichen Überlegungen mit großen und anerkannt leistungsfähigen Industrieunternehmen durchaus messen.

Natürlich muß für eine weitere Wandlung des Berufsbeamtentums, für die notwendige ständige Anpassung an die veränderte Aufgabenstellung, ein entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden. Das Gerede von einer durchgreifenden, umfassenden Verwaltungsreform geht angesichts des gegenwärtigen Standes zwar zu weit. Aber die Notwendigkeit struktureller, arbeitsorganisatorischer und technischer Veränderungen innerhalb der Verwaltung liegt auf der Hand. Die Aufgeschlossenheit des Berufsbeamtentums für alle derartigen Maßnahmen ist vorhanden. Es bedarf nunmehr der schrittweisen Anpassung des Instrumentariums, um der Beamtenschaft zu gegebener Zeit die Möglichkeit zu geben, entsprechend zu reagieren.

3. Reformvorschläge im einzelnen

Wollen wir eine Antwort auf die Frage finden, welchen Wandlungen das Berufsbeamtentum künftig ausgesetzt sein wird, so müssen wir uns mit den wichtigsten Reformvorschlägen für den öffentlichen Dienst auseinandersetzen.

An erster Stelle ist hier das Laufbahnrecht zu nennen. Es ist im Bundesbeamtengesetz und in der Bundeslaufbahnverordnung bis in Einzelheiten festgelegt. Noch immer gilt, daß eine Laufbahn alle Ämter derselben Fachrichtung umfaßt, die eine gleiche Vor- und Ausbildung voraussetzen. Ich meine, daß das Laufbahnrecht zu den wesentlichen Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehört, daß es zwangsläufig eine gewisse Starrheit aufweist, die allerdings Basis für eine Stabilität des Berufsbeamtentums ist, daß es in den vergangenen Jahren schon in vieler Hinsicht formell den veränderten Anforderungen angepaßt worden ist, im wesentlichen gestützt durch die Spruchpraxis des Bundespersonalausschusses, und daß es

sich schließlich in der heute geltenden Form grundsätzlich bewährt hat.

Umgekehrt ist die Kritik am geltenden Laufbahnrecht in manchen Punkten begründet. Die veränderten Aufgaben der Verwaltung können von einem nach Vor- und Ausbildung völlig homogenen Personalkörper kaum noch bewältigt werden. Dieser homogene Personalkörper ist ja angesichts der hinter uns liegenden Anpassungsmaßnahmen auch schon gar nicht mehr vorhanden. So wird es notwendig sein, daß das künftige Laufbahnrecht diesem tatsächlichen Zustand den „laufbahnrechtlichen Segen“ gibt.

Kritisiert werden die vier Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, die auf die bisherige Bildungsstruktur (Volksschule, Mittelschule, Höhere Schule und Universität) abgestellt sind. Es wird notwendig sein, die Laufbahngruppen künftig auf die sich abzeichnende durchgreifende Änderung unserer Bildungsstruktur abzustimmen. Dem Zweck, von hier aus den immer stärker differenzierten Erfordernissen für die spätere Ausübung von Tätigkeiten entsprechen zu können, dienen die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die auf eine Einteilung der Laufbahn in sieben Funktionsbereiche hinauslaufen. Ich halte diese Vorschläge für gut durchdacht und zweckmäßig. Allerdings sollte man sie erst dann verwirklichen, wenn die Reform der Bildungsstruktur beendet ist und die neuen Bildungsstätten wie Hauptschule, Fachoberschule, Fachhochschule und Wissenschaftliche Universität allgemein eingeführt und jedermann zugänglich sind.

Im Zusammenhang hiermit steht die Forderung nach einer verstärkten Transparenz zwischen den einzelnen Laufbahngruppen. An Stelle der immer noch als zu stark empfundenen hierarchischen Ordnung soll eine wesentlich größere Flexibilität, eine uneingeschränkte Offenheit nach oben treten. Diese Zielvorstellung ist sicherlich richtig, aber es wird zu wenig betont, daß sie im Rahmen des geltenden Laufbahnrechts schon weitgehend verwirklicht werden kann und auch verwirklicht worden ist. Von den gegebenen Aufstiegsmöglichkeiten wird gerade im Bereich der Deutschen Bundespost Gebrauch gemacht. Die bisher für den Aufstieg zu erfüllenden Voraussetzungen haben leistungsstarke Bewerber wohl kaum am Aufstieg gehindert. Folgen wir dagegen bedenkenlos der Forderung nach uneingeschränkter Transparenz, so wird es künftig nicht immer sicherzustellen sein, daß der Aufstieg wirklich nur leistungsstarken Kräften offengehalten wird.

Auch dem oft als notwendig geschilderten Eintritt von Außenseitern in den Beamtenberuf steht das geltende Laufbahnrecht keineswegs grundsätzlich entgegen. Es gibt kaum Fälle, in denen es qualifizierten Außenseitern verwehrt worden ist, in den Beamtenstand einzutreten. Es gibt aber eine ganze Reihe von Fällen, in denen es schon nach dem geltenden Laufbahnrecht Außenseitern, die nur mittelmäßig qualifiziert waren, ermöglicht worden ist, Beamter zu werden. Es zeigt sich im übrigen, daß wirklich qualifizierte Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft nur in Ausnahmefällen den Wunsch zeigen, aus einer erfolgversprechenden, interessanten und gut dotierten Position in den Bereich des öffentlichen Dienstes überzuwechseln. Soweit dies der Fall ist, sollte die Möglichkeit ihrer Übernahme offengehalten und notwendigenfalls verbessert werden. Wir sollten uns aber mit allem Nachdruck dagegen aussprechen, daß die sogenannte

erweiterte Übernahmemöglichkeit von Außenseitern überwiegend dazu ausgenutzt wird, minderqualifizierten Kräften den Eintritt in das Berufsbeamtentum zu ermöglichen. Wenn man zunehmend höhere Anforderungen an die Qualität der Leistungen im öffentlichen Dienst stellt, sollte man ihn vor solchen Eingriffen bewahren.

Verfolgt man den Ruf nach verstärkter Förderung leistungsfähiger Kräfte, so könnte man den Eindruck gewinnen, daß Leistungsförderungen im öffentlichen Dienst bisher kaum üblich waren. In Wirklichkeit sieht es anders aus. Die beamtenrechtlichen Vorschriften legen ganz eindeutig fest, daß Beförderungen ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorzunehmen sind. Tatsächlich ist hiernach auch in den meisten Fällen verfahren worden. Es ist nicht richtig zu behaupten, daß in der öffentlichen Verwaltung überwiegend nach dem Prinzip der „Ochsentour“ verfahren worden ist. Herausragenden Kräften ist unabhängig von ihrem Alter bislang in allen Laufbahnrichtungen und allen Laufbahngruppen soweit als möglich eine rasche Beförderung zuteil geworden. Diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren merklich verstärkt; hierin zeigt sich ein deutliches Kennzeichen von fortschreitenden Wandlungen im Berufsbeamtentum.

Änderungen des Laufbahnrechts, die soeben verwirklicht worden sind, erweitern diese Möglichkeiten. Dienst- und Lebensaltervoraussetzungen für die Beförderung sind weitgehend abgeschafft worden, eine mehrjährige Dienstzeit wird nur noch für die Beförderung in Spitzenämter (A 13 und A 16) verlangt. In gleicher Weise sind Alters- und Dienstzeiterfordernisse als Voraussetzungen für den Aufstieg weggefallen. Damit sind wohl zunächst genügend Möglichkeiten geschaffen, leistungsstarken Kräften unabhängig vom Lebensalter jede mögliche Förderung zukommen zu lassen. Wir müssen jetzt und in Zukunft sorgfältig darauf achten, daß der Ruf nach stärkerer Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit nicht gerade von denen am lautesten erhoben wird, deren Leistungen eigentlich eine besondere Förderung nicht erforderlich machen würden.

In diesem Zusammenhang ist auf eine geradezu fatale Fehlentwicklung aufmerksam zu machen. An die Stelle einer angemessenen Besoldung hat man stufenweise den Stellenkegel verbessert. Hinter dieser Maßnahme steckt eine gehörige Portion politischer Konzeptionslosigkeit. Unsere parlamentarischen Vertreter sind vom Kommunal- über den Landes- bis schließlich zum Bundesbereich auf diesen Ausweg verfallen, um einerseits dem Beamten eine bessere Besoldung zukommen zu lassen, andererseits das in der Öffentlichkeit häufig leidige Besoldungsgespräch zu vermeiden. Das führte aber dazu, daß eine Beförderung mehr der Besoldungsverbesserung als der Leistungsförderung dient. Wir sehen das ja am deutlichsten darin, daß völlig unveränderte Tätigkeitsbereiche binnen kurzer Zeit zum Teil um ein bis zwei Stufen höher bewertet worden sind. Dieses Verfahren steht der Leistungsförderung eindeutig entgegen.

Leistungsförderung setzt Leistungserkenntnis voraus. Der äußere Ausdruck der Leistungserkenntnis ist die dienstliche Beurteilung. Sie ist und bleibt allerdings ein fragwürdiges Instrument für die Leistungsförderung. Sicherlich ist es gut, daß die dienstliche Beurteilung des Beamten in bestimmten Zeitabständen und nach bestimmten Modalitäten vorgeschrieben ist.

Es ist als ein Fortschritt zu werten, daß der Beamte ihre Kenntnisnahme bescheinigen muß, und neuerdings sogar vorgeschrieben wird, die Beurteilung mit dem Beamten zu besprechen. Damit gewinnt er weit mehr als bisher die Möglichkeit, sich mit Fehlbeurteilungen auseinanderzusetzen.

Das Dilemma völlig unterschiedlicher Beurteilungsperspektiven wird dadurch jedoch nicht beseitigt. Persönliche Einflüsse lassen sich nicht ausschließen. Der eine hat das Glück, erfolgreich auf einer Stelle zu arbeiten, die seiner Neigung und Eignung entspricht und mit seinem Vorgesetzten zu harmonieren. Der andere – völlig gleich Qualifizierte – muß sich mit einer leidigen Tätigkeit quälen und findet keinen Kontakt zu seinem Vorgesetzten.

In diesem Bereich werden nur geringfügige und schrittweise zu verwirklichende Verbesserungen möglich sein. Dem Vorgesetzten sollte seine volle Verantwortung bei der Abgabe einer Beurteilung bewußt gemacht werden, der nächsthöhere Vorgesetzte sollte seine diesbezüglichen Kontrollbefugnisse sehr ernst nehmen, vor allem aber sollte die Möglichkeit des Gesprächs über die Beurteilung mit dem betroffenen Beamten soweit wie möglich genutzt werden, und zwar nicht nur im zeitlichen Zusammenhang mit der schriftlich abzugebenden Beurteilung, sondern während der ständigen Zusammenarbeit. Die Beurteilung darf keine Geheimniskrämerei unter Vorbehalt sein, sie sollte das verständnisvolle Ergebnis einer offenen und mutigen Zusammenarbeit werden. Die künftige Wandlung des Berufsbeamtentums hängt entscheidend von der Entwicklung der Beamtenbesoldung ab. Angesichts der zunehmenden Verknüpfung zwischen öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft mißt der Beamte den sogenannten Privilegien, die ihm sein Stand vermittelt, kaum noch materielle Bedeutung zu. Er wünscht sich mit Recht ein Einkommen, das dem der in der Wirtschaft beschäftigten Menschen vergleichbar ist und vermittels dessen er für sich und seine Familie an der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Lande teilnehmen kann.

Demgegenüber ist die Beamtenbesoldung in den zurückliegenden Jahren deutlich hinter der Besoldung der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft zurückgeblieben. Daran haben auch die vielfältigen besoldungspolitischen Maßnahmen, die von Bund, Ländern und Gemeinden seit dem Beginn der sechziger Jahre durchgeführt wurden, nichts Grundsätzliches geändert.

Die politisch Verantwortlichen haben sich immer wieder gescheut, dem Beamten eine leistungs- und gesellschaftsadäquate Besoldung zukommen zu lassen. Sie fürchteten die Auseinandersetzungen über diese Fragen in der Öffentlichkeit. An Stelle einer wiederholten Verbesserung der Stellenkegel, aus der sich für die Verwaltungen eine Fülle personalpolitischer Schwierigkeiten ergeben hat, hätte man den Mut haben müssen, zu gegebener Zeit die Beamtenbesoldung der allgemeinen Lohnentwicklung anzupassen.

Das in diesem Zusammenhang wiederholt vorgebrachte Argument, die Haushaltslage lasse eine Besoldungsverbesserung nicht zu, zieht nicht. Es wird hierbei viel zu wenig darauf Rücksicht genommen, daß die ständig wachsende Vermehrung und Erschwerung der Aufgaben im öffentlichen Dienst unausweichliche finanzpolitische Folgen hat. Wenn man meint, daß man diese nicht auf sich nehmen kann, so sollte man

doch nur ein einziges Mal so konsequent sein, die Übernahme weiterer Aufgaben mit dieser Begründung abzulehnen. In Wirklichkeit geht es aber gerade umgekehrt: Die politischen Instanzen laden der öffentlichen Verwaltung immer neue und immer komplexere Aufgaben auf und zeigen später wenig Neigung, die sich daraus ergebenden personalpolitischen und finanzpolitischen Folgerungen zu ziehen.

Ein weiteres Hindernis für eine leistungsgemäße Besoldung der Beamten ist die strenge Einstufung der Planstellen in einen sogenannten Kegel. Diese geistlose Systematik entbehrt jeder Anpassungsfähigkeit. Was nützt es, wenn man einzelne Dienstposten unter Heranziehung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse sorgfältig analytisch bewertet, die entsprechenden Konsequenzen im Stellenplan aber nicht gezogen werden. Dieser Umstand führt zu ausgeprägter Unzufriedenheit, denn – im Gegensatz zum Tarifpersonal – muß der Beamte häufig auf die besoldungsmäßige Belohnung seiner Tätigkeit warten, deren leistungsmäßigen Wert er genau kennt. Ungeachtet formaler Bedenken muß in Zukunft die Möglichkeit geschaffen werden, dem Beamten innerhalb einer angemessenen Zeit die Bezahlung zukommen zu lassen, die für die von ihm wahrgenommene Tätigkeit vorgesehen ist.

Es gibt auch eine Reihe von Vorschlägen zu Strukturveränderungen der Beamtenbesoldung. Erwähnenswert und interessant ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag, zwischen einem leistungsbezogenen Grundgehalt und einem sozialbezogenen Familienzuschlag zu unterscheiden. Dabei sollte jedoch folgendes beachtet werden: Selbstverständlich muß die Besoldung des Beamten des einfachen Dienstes unter allen Umständen so bemessen sein, daß eine sozialadäquate Lebensführung für ihn und seine Familie sichergestellt ist. Wenn wir aber künftig beim Berufsbeamtentum eine gesteigerte Leistungsfähigkeit erwarten, wenn wir mehr Anreiz als bisher für den laufbahnmäßigen Aufstieg bieten wollen, wenn wir leistungsstarke Kräfte wirklich belohnen wollen, dann muß ein finanzieller Anreiz geboten werden, das heißt, der besoldungsmäßige Unterschied zwischen den Laufbahnen muß zu Buche schlagen.

Ernstgemeinte Reformvorschläge für ein gewandeltes Berufsbeamtentum richten sich auf deren künftige Aus- und Fortbildung.

Was die Ausbildung anbetrifft, sieht die Bundeslaufbahnverordnung eine Reihe von verschiedenartigen Ausbildungsstufen als Voraussetzung für den Einstieg in die einzelnen Laufbahngruppen vor. Es erscheint entscheidend wichtig für die künftige Leistungsfähigkeit und auch für die Wandlungsfähigkeit des Berufsbeamtentums, grundsätzlich an diesen Ausbildungsvoraussetzungen festzuhalten. Es wird allerdings in zunehmendem Maße notwendig sein, die Vielfalt von Ausbildungsmöglichkeiten zu erfassen und richtig einzuordnen.

Noch weit mehr Aufmerksamkeit wird man der Fortbildung der Beamten zu widmen haben. Hier muß zunächst zwischen der Fortbildung, die der Beamte auf eigene Initiative betreibt, und der Fortbildung, die ihm seine Verwaltung bietet, unterschieden werden. Was das erste anbetrifft, so verpflichtet § 39 der Bundeslaufbahnverordnung den Beamten, sich auf eigene Initiative fortzubilden. Die sich hier bietenden Möglichkeiten sind heute außerordentlich vielfältig.

Die Initiative der Beamten, sich dieser Möglichkeiten zu bedienen, ist leider häufig noch gering. Aber die Wandlungsfähigkeit des Berufsbeamtentums wird von Bemühungen in dieser Richtung entscheidend abhängen.

Der Schwerpunkt der Fortbildung muß jedoch künftig in den Maßnahmen liegen, die die Verwaltung selbst bietet und die wahrzunehmen sie insbesondere die Führungskräfte zwingen muß. Wir dürfen erwarten, daß die Deutsche Bundespost mit der vor kurzem geschaffenen Führungsakademie Fortbildungsmöglichkeiten bereit hält, die den Führungskräften systemgerecht und in angemessenen Zeitabständen zur Verfügung gestellt werden.

Künftige Wandlungen des Berufsbeamtentums werden auch immer auf das engste mit den Bestrebungen verknüpft sein, das Recht des öffentlichen Dienstes zu vereinheitlichen. Zu diesem umfassenden Thema kann hier nur skizzenhaft auf folgendes hingewiesen werden:

Der unterschiedliche Rechtsstatus von Beamten, Angestellten und Arbeitern ist und bleibt unbefriedigend, solange vergleichbare oder sogar gleiche Tätigkeiten verrichtet werden. Eine Lösung scheint in zweierlei Richtungen zu liegen: Zum einen können sich Beamtenrecht und Tarifrecht weit mehr noch als bisher aufeinander zu entwickeln, ohne daß damit der grundsätzliche Status beider Gruppen berührt werden müßte. Zum anderen sollte sorgfältig geprüft werden, welche Tätigkeiten künftig überhaupt noch als Beamtentätigkeiten auszuweisen sind. Das könnte und sollte zu einer Reduzierung der Beamtendienstposten führen. Schließlich sollte Angestellten und Arbeitern auf Beamten-Dp ein Übergang erleichtert werden.

Ein wichtiger Bereich notwendiger Rechtsangleichung liegt in der Vereinheitlichung des Rechtes des öffentlichen Dienstes zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Diskussion hierzu ist ebenso aktuell wie unbefriedigend. Es zeichnen sich politisch kaum praktikable Möglichkeiten ab, die wiederholten Extravaganzen bestimmter Bundesländer zentralistisch zu bremsen.

Ein Bereich notwendiger Angleichung liegt auch bei der europäischen Beamtenrechtsentwicklung. Das Recht des öffentlichen Dienstes weicht in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch stark voneinander ab. Bei der EWG-Verwaltung hat sich inzwischen ein eigenes Beamtenrecht entwickelt. Die Angleichung ist um so notwendiger, als zu dem vom Berufsbeamtentum erwarteten Wandlungsprozeß auch eine weitaus stärkere Hinwendung zum europäischen Denken gehört.

Ausblick

Der notwendige weitere Wandlungsprozeß des Berufsbeamtentums wird entscheidend davon abhängen, ob und wie man die angeführten Reformvorschläge im einzelnen realisiert. Es ist falsch, immer wieder von der Notwendigkeit einer absolut umfassenden Reform des öffentlichen Dienstes zu sprechen. Der Gesetzgeber und die politische Exekutive sollten vielmehr die Möglichkeit schaffen, daß das Berufsbeamtentum sich den gewandelten Anforderungen der Gesellschaft weiter anpassen kann. Dabei brauchen die Grundzüge des Berufsbeamtentums nicht angetastet zu werden: Gemeinschafts-

bezogenheit des Handelns, Stabilität, Unparteilichkeit und Gesetzestreue. Eine reine Technokratenverwaltung, eine Auflösung in reine Fachverwaltungen würden diesen Grundsätzen wohl nur schwerlich entsprechen können.

Aber selbst wenn von außen her alle Möglichkeiten für die notwendige weitere Wandlung des Berufsbeamtentums geschaffen werden, so liegt es nach wie vor entscheidend bei uns, ob wir diesen Weg gehen. Wir haben einen persönlichen Beitrag zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums zu leisten. Wir müssen uns den Forderungen nach Verantwortungsbereitschaft,

Entscheidungsfreudigkeit, nach kooperativem Führungsstil, nach Durchsetzungsfähigkeit und nach sozialorganisatorischer Kontaktfähigkeit stellen. Wir sind dazu aufgerufen, das künftige Bild des Berufsbeamtentums zu prägen. An uns liegt es, daß das Berufsbeamtentum seine Aufgaben so erfüllt, wie es die Gesellschaft von ihm erwarten kann. Zu keiner Zeit war wohl die Aufgabe, die Gesamtinteressen einer Gesellschaft zu wahren und allen Bürgern möglichst gleichmäßigen Zugang zu den geistigen und materiellen Gütern dieser Welt zu ermöglichen, so notwendig, so reizvoll und so schwierig wie heute.

Aus der Arbeit des Hauptvorstandes

Das neue Postverfassungsgesetz

Am 9.6.1970 trat der HV in Düsseldorf zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Vorsitzenden der BzV teilnahmen. Anlaß zu diesem Treffen war das Angebot von Herrn MinR Kretschmann, die Vereinigung über den von der „Kommission Neuorganisation DBP“ erarbeiteten Entwurf des neuen Postverfassungsgesetzes (PostVerfG) zu informieren.

Den Ausführungen Herrn MinR Kretschmanns zufolge ist es das Ziel des neuen PostVerfG, der DBP eine Unternehmensverfassung zu geben, die es ihr ermöglicht, ihre Aufgaben optimal zu lösen. Die bisherige Konzeption genügt auf die Dauer nicht mehr den Anforderungen, die in ständig wachsendem Umfang an die DBP gestellt werden.

Die Trennung von politischer und betrieblicher Verantwortung ist wesentliches Merkmal der neuen Unternehmensverfassung. Zwar wird es auch weiterhin einen für die DBP zuständigen Minister geben – aus verfassungsrechtlichen Gründen ist ein ressortfreier Raum in der öffentlichen Verwaltung nicht möglich –, er kann aber nur auf die mittel- und langfristige Unternehmenspolitik Einfluß nehmen. Die DBP soll künftig von einem Vorstand und einem Aufsichtsrat geleitet werden. Der Aufsichtsrat setzt sich drittelparitätisch aus Mitgliedern des öffentlichen Lebens (Bundestag und Bundesrat), der Wirtschaft und der bei der DBP vertretenen Gewerkschaften zusammen. Ob die Forderung der Gewerkschaften nach paritätischer Mitbestimmung im Aufsichtsrat im weiteren Gang der Gesetzgebung erfüllt wird, bleibt abzuwarten.

Der Gesetzentwurf enthält weiterhin eine neue Wirtschaftsverfassung für die DBP. Erstmals wird gesetzlich eine mittel- und langfristige Finanzplanung vorgeschrieben und eine Gewinnerzielung (ein Drittel der Nettoinvestitionen muß durch Eigenkapital finanziert werden) gefordert. Außerdem wird der Bund verpflichtet, neu entstehende politische Lasten zu übernehmen.

Im Personalbereich sieht der Gesetzentwurf eine relativ eigenständige Regelung für den Bereich der DBP vor. Allerdings ist hier noch mit erheblichen Einsparungen anderer Ressorts zu rechnen, da Sonderregelungen für die DBP im Widerspruch zu den Bestrebungen stehen, ein einheitliches Dienstrecht für Bund und Länder zu schaffen.

In der Diskussion wurde deutlich, daß die DBP auch künftig trotz der stärkeren Betonung des Unternehmenscharakters eine „schlichte Hoheitsverwaltung“ bleiben wird. Herr MinR Kretschmann teilte die Bedenken einiger Anwesender, daß durch das Bestreben, die DBP als Unternehmen zu definieren, der Beamtenstatus der Angehörigen der DBP gefährdet werde, nicht.

Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit einem Ausblick auf die weitere Entwicklung. Künftig wird der verantwortliche Betriebsteil neben der Verantwortung für die Betriebsmittel auch die Verantwortung für das Personal tragen müssen. Die einzelnen Produktionsbereiche erhalten eine Zielvorgabe, deren Erreichen durch eine Erfolgskontrolle überprüft wird. Wirtschaftliches Denken und Handeln darf jedoch nicht nur in der Organisation der DBP, sondern es muß noch ausgeprägter als bisher vor allem in der Arbeit der Führungskräfte zum Ausdruck kommen.

Gespräch mit Bundesminister Leber

Am 26. Juni 1970 hat der Hauptvorstand (Orth, Kutz, Elias) ein Gespräch mit dem Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, Georg Leber, geführt. Vom BPM waren ferner der AbtL III, MinDir Distel, die Referentin III A, OPDirn Leithäuser, und der Referent III H, MinR Freundlieb, zugegen.

Wir hatten dabei die Gelegenheit, alle Probleme, die sich aus der derzeitigen Situation der DBP und aus den Vorstellungen ergeben, die in diesem Zusammenhang in unserer Vereinigung diskutiert werden, eingehend darzulegen. Zu der aufgelockerten Atmosphäre der Gesprächsrunde hat beigetragen, daß das Gespräch in keiner Phase unter Zeitdruck gestanden hat.

1. Es lag nahe, daß zunächst das besonders aktuelle Thema der Neuorganisation der DBP im Mittelpunkt der Unterredung stand.

Der Herr Minister zeigte die Beweggründe auf, die die Bundesregierung und insbesondere auch ihn veranlaßt hatten, den Gedanken einer äußeren und inneren Umgestaltung der DBP zu verfolgen. Nachdem er die Ziele, die mit einer neuen Postverfassung erreicht werden sollen, umrissen hatte, war er sehr interessiert, die Ansicht unserer Vereinigung zu hören.

Wir haben ausgeführt, daß auch wir es für notwendig halten, den Unternehmenscharakter der DBP zu stärken.

In dem Entwurf eines Postverfassungsgesetzes, den die vom Minister eingesetzte Kommission verabschiedet hat, sehen wir einen gangbaren Weg, dieses Ziel zu erreichen. Nach dem Wortlaut des vorläufigen Entwurfes würde die DBP künftig wirtschaftlich, personell und finanziell weitgehend unabhängig vom Bund. Die politischen Einflüsse könnten sich auf langfristige Leitlinien beschränken. Wenn die Leitung mehr nach Unternehmensprinzipien gestaltet wird, müßte es auch möglich sein, dem Personal mehr Leistungsanreize zu bieten. Von der Erfüllung dieser Erwartungen wird die Mitarbeit des Personals an der Umgestaltung letztlich abhängen und dies ist nötig, wenn sich der erwartete Erfolg einstellen soll. Gerade für die Führungskräfte ist es z.B. wichtig zu wissen, daß herausragende Arbeiten künftig adäquat belohnt werden. Die angestrebten Verbesserungen sind allerdings nur zu erwarten, wenn das Hauptziel — eine größere Unabhängigkeit — auch tatsächlich erreicht wird. Sonst würde nach unserer Ansicht mit der Umwandlung der DBP lediglich eine zusätzliche — unnötige — Stufe im hierarchischen Aufbau geschaffen. Wir haben deshalb den Herrn Minister sehr eindringlich gebeten, in den kommenden Beratungen im Kabinett und im Parlament in diesem entscheidenden Punkt keine wesentlichen Abstriche zuzulassen.

Größter Wert muß nach unserer Ansicht außerdem auf eine qualitativ herausragende, der Eigenart des Dienstleistungsunternehmens DBP entsprechende Besetzung des Vorstands gelegt werden.

2. Von dem Gedanken einer Stärkung des Unternehmenscharakters der DBP ausgehend, haben wir dann dargelegt, daß sich die Aufgaben der DBP durch die stetig steigenden Anforderungen der Allgemeinheit nicht nur vermehrt haben. Insbesondere durch den wachsenden Einsatz von Technik wird heute ein zunehmend größerer Bedarf an qualifizierten Führungskräften erzeugt. Ihn zu ermitteln und zu decken, müsse Ziel einer weit-schauenden Personalplanung sein. Sie müsse berücksichtigen, daß der Bedarf nicht nach der Quantität, sondern auch — und künftig mehr — nach der Qualität der Aufgabe berechnet werden müßte. Es sei notwendig zu überlegen, wie das bessere Bildungsangebot auch für unsere Verwaltung mehr nutzbar gemacht werden könne.
3. Eine weitschauende Personalplanung sei im übrigen untrennbar mit einer gerechten Führungsauslese verbunden. Die Qualifikation eines Beamten zur Führungskraft müsse vorwiegend nach seiner Leistung beurteilt werden. Wir sind uns bewußt, daß das konsequente Befolgen des Leistungsprinzips manchmal harte Entscheidungen

notwendig macht, wenn es darum geht, Leistungsschwachen den Aufstieg zu verwehren. Jedoch verlangten Gerechtigkeit gegenüber allen Beamten, Effektivität des Unternehmens und schließlich auch das Ansehen der Verwaltung, diesen Weg zu beschreiten.

Deshalb begrüßten wir die vom Ministerium eingeleitete sogenannte Karriereplanung, mit der die Auslese auf eine breitere Basis gestellt werden soll.

4. Die Führungskräfte der DBP werden künftig — mehr als bisher — ihre Aufgaben nur dann optimal erfüllen können, wenn ihnen die Unternehmensziele ausreichend verdeutlicht werden. Das könne z.B. im Rahmen jährlicher Fortbildungskurse geschehen. Wir sind aber der Meinung, daß auch das noch nicht ausreicht. Die Unternehmensziele sollten eigentlich ständig diskutiert werden. Nur so können sie den sich wandelnden Zeiterfordernissen jeweils rechtzeitig angepaßt und der zweckmäßigste Weg für die Realisierung von Unternehmenszielen gefunden werden. Da die damit zusammenhängenden Probleme sicher in Zukunft noch schwieriger werden, sollte die Diskussions-ebene möglichst breit angelegt sein. Neben der Zentrale wären auch die Mittelbehörden und die Ämter mehr und stärker als bisher zu beteiligen.

Aus gleichen Erwägungen sollten die Führungskräfte über alle Planungsvorhaben von Bedeutung (auch von seiten der Unternehmensführung) künftig frühzeitiger unterrichtet werden.

5. Zur Frage der Mitbestimmung haben wir ausgeführt, daß wir die Entwicklung zu einer sinnvollen Erweiterung der Mitbestimmung begrüßen, sofern die Besonderheiten eines Dienstleistungsbetriebes berücksichtigt würden. Wir hielten es für notwendig, daß auch Beamte des höheren Dienstes den Stufenvertretungen angehören.
6. Zum Abschluß haben wir auf die unbefriedigende Besoldungssituation vor allem der jüngeren Beamten hingewiesen.

Wenn bei uns nicht ein den entsprechenden Positionen in der Industrie und Wirtschaft entsprechender Leistungslohn gezahlt werde, besteht die Gefahr, daß schließlich nur noch diejenigen eine Einstellung in den Bundesdienst anstreben, die lukrativere Posten außerhalb der Verwaltung nicht erreichen können.

In der Besoldung falle dem Bund eine bedeutende beispielgebende Führungsrolle zu. Die Bundesbediensteten dürften nicht, wie es in der Vergangenheit leider häufig der Fall war, in der allgemeinen Entwicklung zurückstehen.

Für die von uns vorgetragenen Probleme und Ansichten zeigte der Herr Minister volles Verständnis. Das Gespräch soll in Abständen fortgeführt werden.

Persönliches

Max Peek 70 Jahre

In Jugenheim hat er seinen Ruhesitz. Aber es ist kein Ruhestand. Der überragend tüchtige Fachmann hat über 65 hinaus noch einige Zeit beim Posttechnischen Zentralamt weitergearbeitet, danach sein Wissen und Können anderweit verwertet. Aber diese Tätigkeit des Dipl.-Ing. und Abteilungspräsidenten mögen Berufeneren würdigen, mir liegt ob, Worte des Dankes zu sagen und Glückwünsche zu übermitteln dem Kassenswart der Vereinigung der höheren Postbeamten und Mitarbeiter im Hauptvorstand.

Im Jahre 1953 nahmen die Versuche in Darmstadt Gestalt an, die nach der Jahrhundertwende entstandene „Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenbeamten“ in zeitgemäßer Form wiedererstehen zu lassen. Nach zwanglosen Stammtischen und zahlreichen Vorbesprechungen, bei denen als Vertreter der Laufbahn M Max Peek mitwirkte, gründeten wir am 11. Februar 1954 in der „Bockshaut“ den „Bezirksverein Darmstadt der Vereinigung der Angehörigen des höheren Postdienstes i. E.“ für die beiden Darmstädter Zentralämter.

Da fast gleichzeitig auch in Düsseldorf ein Zusammenschluß erfolgt war, richteten wir an uns bekannte höhere Beamte in allen anderen Bezirken im März Schreiben mit der Bitte, überall Bezirksvereine ins Leben zu rufen. Als Vorstandsmitglied wird auch Peek genannt. Überraschend groß war der Erfolg. Wir konnten schon für den 9./10. Oktober 1954 zur Gründungsversammlung nach Darmstadt Vertreter von 18 Bezirksvereinen einladen.

Bei diesem ersten Vertretertag wurde Max Peek zum Kassenswart gewählt. Bei jeder Neuwahl in den folgenden Jahren erfolgte einstimmige Wiederwahl. Sein Amt hat Peek immer sehr gewissenhaft wahrgenommen, die Gelder gut verwaltet, und stets knapp gehalten, wenn gespart werden mußte, uns aber auch

nie auf unsere Tagegelder warten lassen. Mit einer Ausnahme hat er alle Vertretertage besucht und an fast allen Vorstandssitzungen teilgenommen.



Mit Nachdruck setzte er sich stets für seine Laufbahnangehörigen ein, förderte aber auch die Arbeiten des von mir von Anfang an geleiteten Laufbahnausschusses, so daß es gelungen ist, ein vertrauensvolles Zusammenwirken aller höheren Fachrichtungen des Post- und Fernmeldewesens zu erreichen.

Ich darf gewiß im Namen aller Mitglieder des Hauptvorstandes die Hoffnung aussprechen, daß er uns noch viele Jahre in Gesundheit und Leistungsfrische mit Rat und Tat zur Seite stehen möge.

Dr. Wilhelm Fenge

Bericht über die Arbeit in der FITCE

anlässlich des Jahrestreffens der Vereinigung der höheren Postbeamten in Freiburg vom 27. bis 30. April 1970

Abteilungspräsident Dipl.-Ing. Julius Böwering, Dortmund, Vizepräsident der FITCE, Brüssel

1. Allgemeiner Rückblick

Seit dem letzten Bericht anlässlich des Jahrestreffens der Vereinigung Ende April 1969 in Düsseldorf über die Arbeit in der FITCE sind 12 Monate vergangen.

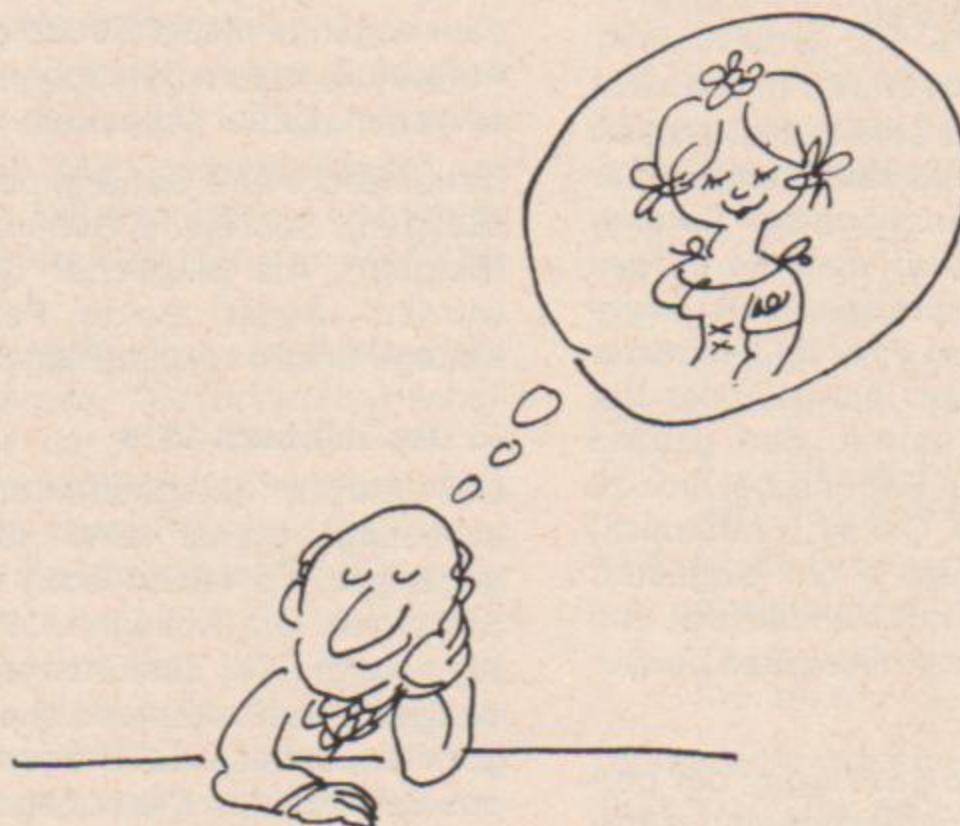
In dieser Zeit war die FITCE-Tätigkeit sehr rege. Im nationalen deutschen Bereich könnte man, wenn alle anfallenden Arbeiten zügig hintereinander erledigt werden sollen, eine Arbeitskraft mit guten französischen Sprachkenntnissen ausreichend beschäftigen. Das Büro der FITCE in Brüssel arbeitet ziemlich flott und exakt. Wenn auf alle schriftlichen und persönlichen Anfragen und Anregungen schnell reagiert werden soll, heißt es scharf aufpassen und die interne Organisation auf dem laufenden halten. Ich selbst stehe mitten in diesem Getriebe und möchte beiläufig

erwähnen, ohne Ihren Dank herausfordern zu wollen, daß eine Menge Feierabends- und Wochenendarbeit darin steckt, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Mitgeholfen haben die Kollegen Schütt, Dehmer, Wirz, W. Pietsch, K. Thomas, Bublitz, Möhlmann, Voss und die später zu erwähnenden Kommissionsmitglieder von den 6 Studienkommissionen und 2 Arbeitsgruppen; ferner alle FITCE-Sachbearbeiter bei den Bezirksvereinen, denen allen zu danken, mir ein besonderes Bedürfnis ist.

2. Das Comité de Direction

Zur Vorbereitung der 8. Europäischen Fernmeldetage in Lyon fanden Arbeitssitzungen des Comité de



Viele bei uns haben eine Schwäche für die Christl von der Post

Das ist leicht zu erklären: Die Christl von heute ist genau der richtige Partner für unsere zukunftsorientierten Ingenieure. Postautomation, elektronische Telex- und Fernsprechvermittlungstechnik, Teilnehmerfernwahl – Gebiete, auf denen die Deutsche Bundespost eine führende Stellung in der Welt einnimmt – sind auch unsere Spezialgebiete.

Wir arbeiten für die ganze Nachrichtentechnik:

Fernsprechtechnik, Eisenbahnsignaltechnik, Funkanlagen und Weitverkehrseinrichtungen, Fördersysteme, Fernschreib- und Datentechnik, Informatiksysteme, Navigation und Raumfahrttechnik, Kabel und Leitungen, Bauelemente, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte:

Standard Elektrik Lorenz AG

7 Stuttgart-Zuffenhausen, Hellmuth-Hirth-Straße 42, Telefon** (0711) 8211, Telex 722 861

Im weltweiten **ITT** Firmenverband



Direction

am 23. 5. 1969 in Mailand und
am 10. 7. 1969 in Brüssel statt.

Zu Beginn der 8. Europäischen Fernmeldetage und gegen Ende, d. h. am 21. 9. 1969 und 24. 9. 1969, fand in Lyon je eine Arbeitssitzung statt.

Zur Auswertung der Ergebnisse von Lyon, zur Regelung der laufenden Arbeit und Vorbereitung der 9. Europäischen Fernmeldetage in Venedig 1970 fanden Arbeitssitzungen am

19. 12. 1969 in Paris

und am 12. 2. 1970 in Brüssel

sowie am 3. 4. 1970 in Venedig statt.

Die Termine für Paris und Brüssel waren mit Absicht so gelegt, daß eine Teilnahme des Comité de Direction der FITCE an den Jahreshauptversammlungen der französischen und belgischen nationalen Vereinigungen der PTT-Ingenieure möglich war. Die beiden nationalen Organisationen halten ihre Jahresversammlungen regelmäßig in Anwesenheit ihrer PTT-Minister und führender Ministerialbeamten ihrer Länder ab. Sie legen dabei größten Wert darauf, den ganzen FITCE-Vorstand auf dem üblichen Bankett bei sich zu haben. Die PTT-Minister, jetzt M. Galley (Frankreich) und M. Anseele (Belgien), begrüßten die Mitglieder des Comité de Direction einzeln mit Händedruck und hoben deren Anwesenheit in ihren Ansprachen besonders hervor.

Der ganze Stil ist warmherzig und großzügig; der persönliche Kontakt der Ingenieurorganisationen unserer französischen und belgischen Kollegen mit ihren PTT-Ministern ist gut.

3. Studienkommissionen und Arbeitsgruppen

Die Arbeitssitzungen der 6 Studienkommissionen und 2 Arbeitsgruppen fanden je nach eigenem Plan statt.

Es arbeiteten folgende Kollegen mit:

- Kommission 1: OPDir Dipl.-Ing. Hufnagel,
" 2: PR Dipl.-Ing. Huek, Wuppertal, und
jetzt PR Kühn (FTZ),
" 3: OPR Dipl.-Ing. Kemper, Düsseldorf,
" 4: OPR Dipl.-Ing. Stegmann, FTZ (Vors.),
" 5: OPR Dipl.-Ing. Schreyer, Frankfurt,
" 6: OPR Dipl.-Ing. Daum, Hann. (Vors.),
OPR Dipl.-Ing. Schneider, Hamburg.

Arbeitsgruppe: CEE

Fernmeldewesen, Weiterentwicklung und Forschung,
Zeithorizont 1985.

Eine Arbeitsgruppe von FITCE-Kollegen des FTZ,
an der Spitze APr Dr. Kaiser.

Arbeitsgruppe: Schutz unterirdischer Anlagen:

OPDir Dipl.-Ing. Wartmann, Frankfurt.

Die Arbeitsgruppe CEE, Zeithorizont 1985, hat eine schöne Arbeit herausgebracht. Von der EWG, mit der die FITCE einen Kontrakt einging, wurde die Arbeit als Druckschrift in französischer und deutscher Sprache veröffentlicht, an die einschlägige Europäische Wirtschaft verteilt und jedem FITCE-Mitglied kostenlos übersandt.

Alt-StB Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. H. Bornemann rief mich nach Erhalt der Sendung an, er befinde sich gerade bei der sehr interessanten Lektüre dieser Druckschrift. Die Nachfrage nach dieser Schrift in der einschlägigen Industrie ist groß, wie Anrufe des ZVDEI und verschiedener Elektro-Großfirmen bei mir beweist.

Auch die großen deutschen Tageszeitungen haben von dieser interessanten Arbeit der FITCE berichtet. Selbst die „Christl“, unsere postalische Familienzeitschrift, bringt darüber einige lobende Spalten.

4. Die 8. Europäischen Fernmeldetage in Lyon vom 21. bis 26. September 1970

Ich verweise auf die ca. 20 Druckseiten starke Veröffentlichung mit 20 Abb. von mir im Heft Nr. 1, 1970, des Nachrichtenblattes der Vereinigung.

Es handelt sich um eine ziemlich erschöpfende Darstellung, vor allem bringt sie eine Übersetzung der in französischer Sprache gehaltenen Reden. Die Gedankengänge dieser Reden geben einen interessanten Aufschluß, wie Außenstehende über uns denken und sprechen. Dabei schneiden wir nicht schlecht ab.

Neuer Secrétaire Général der FITCE ist jetzt M. Theys (Belgien). Secrétaire Général adjoint: M. Verbrüggen (Belgien). Als Mitglieder des Comité de Direction wurden wieder meine Person und als Vertreter Kollege Schütt vorgeschlagen und gewählt.

5. Das Jahrbuch 1970

Das Jahrbuch (Mitgliederverzeichnis 1970) ist in Vorbereitung. Bisher sind rd. 800 Meldebogen eingegangen. Es fehlen noch über 100 Meldungen der Säumigen. Die Kollegen OPR Dipl.-Ing. Dehmer und Wirz vom FTZ bemühen sich, die fehlenden Meldungen hereinzuholen. Die Bezirksvereine werden gebeten, dabei auf Anfrage tüchtig mitzuhelfen, damit das Buch bald in Druck gegeben werden kann.

6. Veröffentlichungen:

erschieden in der Berichtszeit.

1. 6mal die „Revue“ FITCE,
2. 1 Sonderheft: Horizont 1985 der CEE,
3. Veröffentlichungen im „Nachrichtenblatt“.

Das letztere wird von den ausländischen Vereinigungen mit Interesse gelesen.

7. Neues

Assoziierte Mitglieder

Seit der Gründung der FITCE sind bei den verschiedenen Veranstaltungen, besonders bei den Europäischen Fernmeldetagen, Beobachter, d. h. Fernmeldeingenieure von Ländern, die nicht der EWG angehören, anwesend. Nach der Satzung können sie nicht der FITCE angehören.

Diese Persönlichkeiten sind verschiedentlich vorstellig geworden, offiziell an den Arbeiten der FITCE teilnehmen zu können und namentlich an den Arbeiten der Kommissionen. Das Comité de Direction hat sich Gedanken darüber gemacht, diese Persönlichkeiten zu integrieren und eine neue Art von Mitgliedern zu schaffen, die man „Assoziierte Mitglieder“ nennen sollte. Eine Lösung ließe sich dadurch finden, daß ein neuer Artikel der Satzung geschaffen würde, der etwa folgendermaßen lauten könnte:

Artikel 6:

„Assoziierte Mitglieder können Ingenieure mit Hochschulbildung sein, die die obere Führung der Verwaltungen und der privaten Betriebsgesellschaften mit dem Auftrag bilden, öffentlichen Fernmeldebetrieb zu leisten, ebenso jene, die ihre Tätigkeit in der Fernmeldeindustrie ausüben, aber nicht einem Lande der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören.“

Wenn dieser Vorschlag angenommen würde, müßte Artikel 4 und die 2. Zeile des Artikel 8 infolgedessen

geändert werden. Unabhängig von den Fragen des Prinzips, würde die mögliche geographische Ausdehnung mit der Wirkung ins Auge zu fassen sein, daß 2 Vorschläge zu machen wären:

1. die Ausdehnung auf Länder, die der CEPT angehören,
2. auf Länder, die mit der EWG durch eine Convention der Association verbunden sind.

Diese Formulierung würde die Ausbreitung auf gewisse afrikanische Staaten ermöglichen.

Die eine und die andere Lösung schließen sich übrigens nicht gegenseitig aus.

8. Die 9. Europäischen Fernmeldetage

Die 9. Europäischen Fernmeldetage 1970 in Venedig stehen vor der Tür. Sie finden vom 1.-6. Juni 1970 im gewohnten Rahmen statt. Man rechnet wieder mit einer starken Beteiligung. Mit den Damen werden es rd. 500 Personen sein. Die deutsche Gruppe wird über 120 Teilnehmer zählen.

Die oberste Schirmherrschaft hat der italienische Premierminister übernommen. Die Schirmherrschaft üben die 6 PTT-Minister der EWG-Länder aus. Im Ehrenkomitee sind von Deutschland 3 Staatssekretäre und 2 Ministerialdirektoren des BPM, die Präsidenten des FTZ und PTZ sowie die deutschen Vertreter der Führungsspitze der EWG.

Das Vortragswesen befaßt sich als Hauptthema mit der fernmeldetechnischen Vorausschau, Zeithorizont 1980. Jede PTT-Verwaltung wird dazu einen offiziellen Vortragenden entsenden. Es stehen 4 Generalthemen heran:

1. Entwicklung der Unterhaltungs- und Überwachungssysteme.
2. Elektronische Vermittlungen und Systeme der Vermittlung und Übertragung.
3. Übertragung und Verarbeitung von Daten-Verbindungen zwischen den Rechnern — besonders bereitgestellte Netze.
4. Bewegliche Dienste (Zug- und Autotelefonie, Schiffsfunk usw.).

Als gesellschaftliche Höhepunkte sind zu nennen: ein Konzert des Italienischen Rundfunks und Fernsehens (RAI) im Theater „La Fenice“ in Venedig, eine gemeinsame Gondelfahrt auf dem „Canale Grande“ und das Schlußbankett, das der italienische PTT-Minister für alle Teilnehmer im Sala delle Colonne a Ca' Giustinian in Venedig geben wird.

Kollege OPR Dipl.-Ing. Schreyer, Ffm, hat sich wegen der Vermittlung der Quartiere, Kollege OPR Dipl.-Ing. Möhlmann, Dtm, wegen der Anmeldungen und der Entgegennahme der Teilnehmerbeiträge verdient gemacht. An dieser Stelle ihnen unser aller Dank!

1971 werden die 10. Europäischen Fernmeldetage in den Niederlanden sein.

1972 ist die Bundesrepublik Deutschland an der Reihe, diesmal die 11. Europäischen Fernmeldetage in ihrem Lande auszurichten. Bisher fielen die Namen der Städte Köln, Düsseldorf, Berlin.

Da die Vereinigung der höheren Postbeamten hierbei stark beteiligt sein wird, müßte auf dem nächsten Jahrestreffen der Vereinigung 1971 in Bremen über

Morgen wird Ihnen Ihr Telefon die Haustür öffnen.

Schlüssel gehören dann der finsternen Vergangenheit an. Sie sagen Ihrer Tür- oder der Sprechanlage an der Tür - irgendein Kennwort.

Zum Beispiel
RTISCHPLITSCHZY,
oder was Ihnen sonst
leicht von der Zunge geht.
Ihre Telefonanlage

identifiziert Ihre Stimme und öffnet die Tür. Das ist heute noch utopisch. Aber, als vor über 100 Jahren Philipp Reis sein tönendes Wunder präsentierte - eine Schweineblase, ein Wackelkontakt und eine Stricknadel waren das ganze Geheimnis - dachte auch niemand an die MULTIREED-Technik, so wie sie für Telefonanlagen entwickelt wurde. Von TN, dem

Privatunternehmen mit dem höchsten Bestand an vermieteten Fernsprechanlagen in Europa und 70jähriger Erfahrung im Fertigen von richtungsweisenden Vermittlungssystemen, Sprechen Sie doch einmal mit uns. In über 250 Geschäftsstellen allein in der Bundesrepublik Deutschland beraten Spezialisten für Fernsprechprobleme.

TELEFONBAU UND NORMALZEIT
6 Frankfurt 1, Postfach 2369, Telefon (0611) 2661



den Tagungsort und den Rahmen der 11. Europäischen Fernmeldetage schon intensiv beraten und beschlossen werden.

9. Teilnahme des Präsidenten der FITCE am Jahrestreffen der Vereinigung

Am diesjährigen Jahrestreffen der Vereinigung der höheren Postbeamten wird der Präsident der FITCE, der Franzose Charles Boutonnet, Ingénieur Général und Directeur Régional des Télécommunications in Toulouse teilnehmen, und zwar an dem Festvortrag und dem Gesellschaftsabend. Beim Festvortrag wird er einen Platz zwischen den Herren Staatssekretär Gscheidle und Ministerialdirektor Dipl.-Ing. Wichmann einnehmen. Wir freuen uns, ihn in unserer Mitte zu sehen, und begrüßen ihn im voraus recht herzlich.

10. Schlußbetrachtung

Wo steht die FITCE?

Ist die FITCE auf neuen Wegen?

Die FITCE hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1961 bis heute stetig vorwärts entwickelt. Es kam ihr die Begrenzung auf die 6 EWG-Staaten nach dem Vertrag von Rom zugute. Es lag ein festumrissener Raum vor, der laut den Verträgen von Rom auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit drängte und zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebiet führen sollte.

Die Bereitwilligkeit der Angehörigen der Fernmeldeverwaltungen dieser Länder, sich freiwillig und privat zusammenzuschließen, entsprang einem inneren Bedürfnis, nachdem es schon seit Jahren engste dienstliche Berührungspunkte gab. Aber von letzteren war doch nur ein kleinerer Kreis betroffen. Jetzt wollten alle aus dem europäischen Gedanken heraus zusammenkommen und ihre Probleme gemeinsam erörtern. Vorteilhaft war es, daß die Technik international ist und die wissenschaftlichen Grundlagen des Berufes exakt, vergleichbar und in der Anwendung zu Lösungen führte, die zusammenpassen mußten. Der Fernmeldeingenieur kann nicht auf sein Land beschränkt denken und arbeiten. Die Öffentlichkeit nimmt nach dem Kriege stärksten Anteil an allem, was Fernmeldewesen heißt. Die Elemente des Fernmeldewesens dringen ein in die Computertechnik. Raumfahrt benötigt beides. Ein wenig von den Erfolgen auf diesem Gebiet beeinflußt das Image des Fernmeldeingenieurs international. Daß Europa im Wettlauf mit der Neuen Welt auf dem Gebiet des Fernmeldewesens zusammenhalten muß, um mit der Entwicklung Schritt zu halten und nicht überrollt von dem Neuen zu werden, das auf uns zukommt, kittet die EWG-Mannschaft fester aneinander. Die kleinen beruflichen Probleme des persönlichen Status des Einzelnen, nachdem sie einmal von Grund auf erörtert und fixiert sind, treten bei der FITCE-Arbeit allmählich ins 2. Glied. Die betrieblichen und technischen Fragen des EWG-Raumes, soweit sie nicht offiziell in der CEPT und UIT in Ausschüssen mit behandelt werden, rücken in unseren EWG-Wirtschaftsraum in den Vordergrund. Viele arbeiten freiwillig und ehrenamtlich mit. Es bildet sich ein gewisser FITCE-Geist heraus, der stark idealistisch eingefärbt ist und sich mit einander eng berührenden wissenschaftlichen, technischen und betrieblichen Fragen befaßt. Es ist gleichsam ein Massenaufbruch aller beteiligten Hochschulingenieure in der FITCE, die sich mit den international gleichgelagerten technischen und betrieblichen Fragen befassen. Alle sind interessiert, nicht nur wie früher eine kleine Zahl von Ressort-Spezialisten bei den PTT-Verwaltungen und den Firmen. Die Euro-

päischen Fernmeldetage als Barometer dieses Geschehens werden immer umfangreicher, einfallreicher, aufschlußreicher und immer interessanter.

Die Angehörigen dieser 6 Länder lernen sich ständig besser kennen, ganz von selbst, als Nebenerscheinung des technischen und betrieblichen Vortragswesens auf den Europäischen Fernmeldetagen und der Kommissionsarbeit. 10 Jahre geht das jetzt schon so. Und wenn die 6 Länder des Gemeinsamen Marktes im Fernmeldewesen gefestigt sind, kommen nach aller Voraussicht noch weitere Länder hinzu. Dieses langsame Wachsen ist für den Europa-Gedanken besonders günstig. Keine Verkrampfungen in der Entwicklung. Natürlich, langsam, Schritt für Schritt. Und schließlich ist Europa praktisch zusammengewachsen, und die Fernmeldeingenieure ihrer Länder haben auf ihre Weise ein gutes Stück Vorarbeit dafür geleistet.

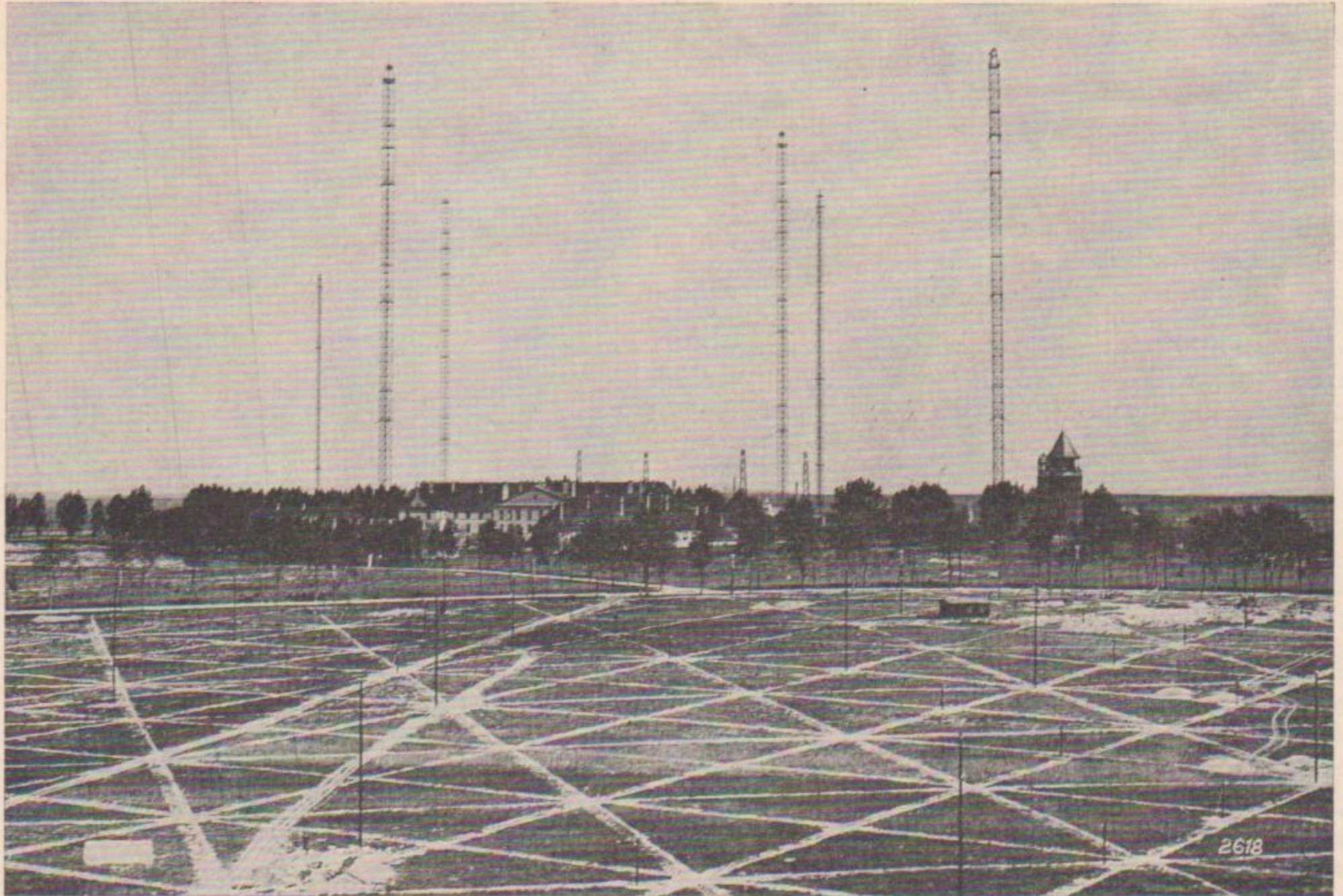
Und wie stellen sich die PTT-Verwaltungen zu dem Wirken der FITCE, praktisch also ihres ganzen Hochschulingenieurkorps, das in ihr vereinigt ist? In den Ländern der EWG fördern die Zentralverwaltungen uneingeschränkt die Bestrebungen der FITCE und geben ihr im Interesse der europäischen Arbeit jede Hilfe und Information. Man ist auch mit dem Herzen ganz dabei. Man kennt kein Ressortdenken und keine Zurückhaltung! Die Zusammenarbeit der europäischen Hochschulingenieure im Rahmen der EWG bringt den Verwaltungen durch die guten persönlichen Kontakte ihrer Ingenieure untereinander und die freundschaftliche Grundeinstellung zueinander nur Vorteile. Nutznießer dieser offiziellen Arbeit der Mitglieder sind im Endeffekt die PTT-Verwaltungen als Institution selbst, bei denen in der internationalen Arbeit vieles auf diese Weise von selbst leichter voran geht. Wir wünschen uns in unserem Lande, das das von höchsten Spitzen bekundete gute Verhältnis zu unserer Hauptverwaltung auf allen Gebieten sich auch weiter gut entwickelt, um unseren übrigen EWG-Kollegen in dieser Beziehung nicht nachstehen zu müssen.

Viele große und kleinere internationale Firmen der Fernmeldeindustrie haben außerordentliche Mitglieder ihrer Länder in der FITCE. Sie halten technische Vorträge, besuchen die europäischen Fernmeldetage regelmäßig und halten und lesen die „Revue“ der FITCE, die zweimonatlich herausgegeben wird. Die Franzosen haben über 70 außerordentliche Mitglieder in der FITCE, wir ca. 20. Das Gefühl mitmachen zu sollen, besteht allenthalben, da wir doch alle Länder selbst sehr zum Freunde brauchen. Der Zusammenschluß Europas geht auf wirtschaftlichem Gebiet nach festem Programm unaufhaltsam vorwärts. Auf dem Weg über die Freundschaft der Menschen in der Breite wird für die Zukunft einem stärkeren Zusammenschluß der Länder selbst eine echte menschliche Grundlage gegeben. Warmherzige Vorarbeit führt zu sachlichem Erfolg!

Weiter: Glück auf!

350 000 Eigentumsmaßnahmen gefördert

Mehr als 350 000 Eigentumsmaßnahmen hat das Beamtenheimstättenwerk für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes mitfinanziert. Diese Zahl setzt sich zusammen aus mehr als 240 000 Wohnungseinheiten und mehr als 100 000 anderen Objekten (Bauplatzkäufe, Modernisierungen, Umschuldungen usw.). Hierfür hat das BHW mehr als 10 Milliarden DM an seine Bausparer ausgezahlt.



Der Funkerberg Königs Wusterhausen mit den Kasernengebäuden (Mitte) und dem Wasserturm.

Oberpostrat Hans Gerlach

1921 bis 1945 Amtsvorsteher der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen

Ein erfolgreicher Rebell der zwanziger Jahre

Otto Lemke, Postrat a. D., Darmstadt

In diesem Nachrichtenblatt tauchte vor einiger Zeit der Ortsname „Königs Wusterhausen“ schon einmal in einer Überschrift auf, nämlich im Heft 2/1969. Ministerialrat a. D. Dr. *Breithaupt*, Frankfurt (Main), hatte einen Artikel „Das Erholungsheim in Königs Wusterhausen“ veröffentlicht. Der Artikel schloß mit den Worten: „Wie mag es jetzt in Königs Wusterhausen aussehen? Den alten Angehörigen der Vereinigung der höheren Postbeamten bleibt die Erinnerung an eine schöne Stätte, in der der Gemeinschaftssinn der Kollegenschaft ihren schönsten Ausdruck gefunden hatte.“ Seit dem denkwürdigen Novembertag des Jahres 1925, an dem das Erholungsheim auf dem Zeesener Gelände, südlich von Königs Wusterhausen, eingeweiht wurde, sind 45 Jahre vergangen. Die Namen von Persönlichkeiten werden in dem Artikel genannt: *Bergs*, *Boedke*, Dr. *Stingl*, Dr. *Tapfer*. Lebendig wird wieder die Zeit von 1925. Die beiden Ortsnamen Königs Wusterhausen und Zeesen, noch vor drei, vier Jahrzehnten in aller Welt bekannt, aber dann immer mehr und mehr in das Namenlose verdrängt, werden in die Erinnerung zurückgerufen und mit Leben angefüllt. Ist das alles schon 45 Jahre her?

In dem Artikel wird u. a. die Heimleiterin Frau *Fromm* genannt. Ihre spätere Schwiegertochter Anneliese *Fromm* geb. *Bönisch* hatte ihre Kindheit auf dem

Königs Wusterhausener Funkerberg nördlich des Ortes verlebt. Damit ist die Überleitung vom Königs Wusterhausener Erholungsheim zum Königs Wusterhausener Funkerberg und zur Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen und zu einem weiteren Artikel gefunden. Welch ein Unterschied aber zwischen einem Erholungsheim und einer Hauptfunkstelle! Im Erholungsheim die Ruhe und Stille, die schmucken Gesellschaftszimmer, die geschmackvollen Gästezimmer, die aparte Eingangshalle, die kostbaren Gemälde, ein verwünschtes Schließchen auf märkischem Boden, umgeben von Wäldern, Feldern und Seen und in der Dubrow die Reiherhorste. Alles diente der Erholung und der Entspannung! Alles! Wenn mittags der Gong ertönte, waren die Gäste kurze Zeit später im Speisesaal. Um 12.30 Uhr wurde die Suppe zur Tür hereingebracht. Alles und alle waren zugegen, auch wenn der Ausflug zur Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen noch so sehr zu einer kleinen Verlängerung verlockt hätte. Frau *Fromm* duldete keine Verspätung. 12.30 Uhr war 12.30 Uhr und nicht 12.40 Uhr oder 13.00 Uhr oder gar 13.15 Uhr. 12.30 Uhr war und blieb 12.30 Uhr. Danach richtete sich jeder Gast.

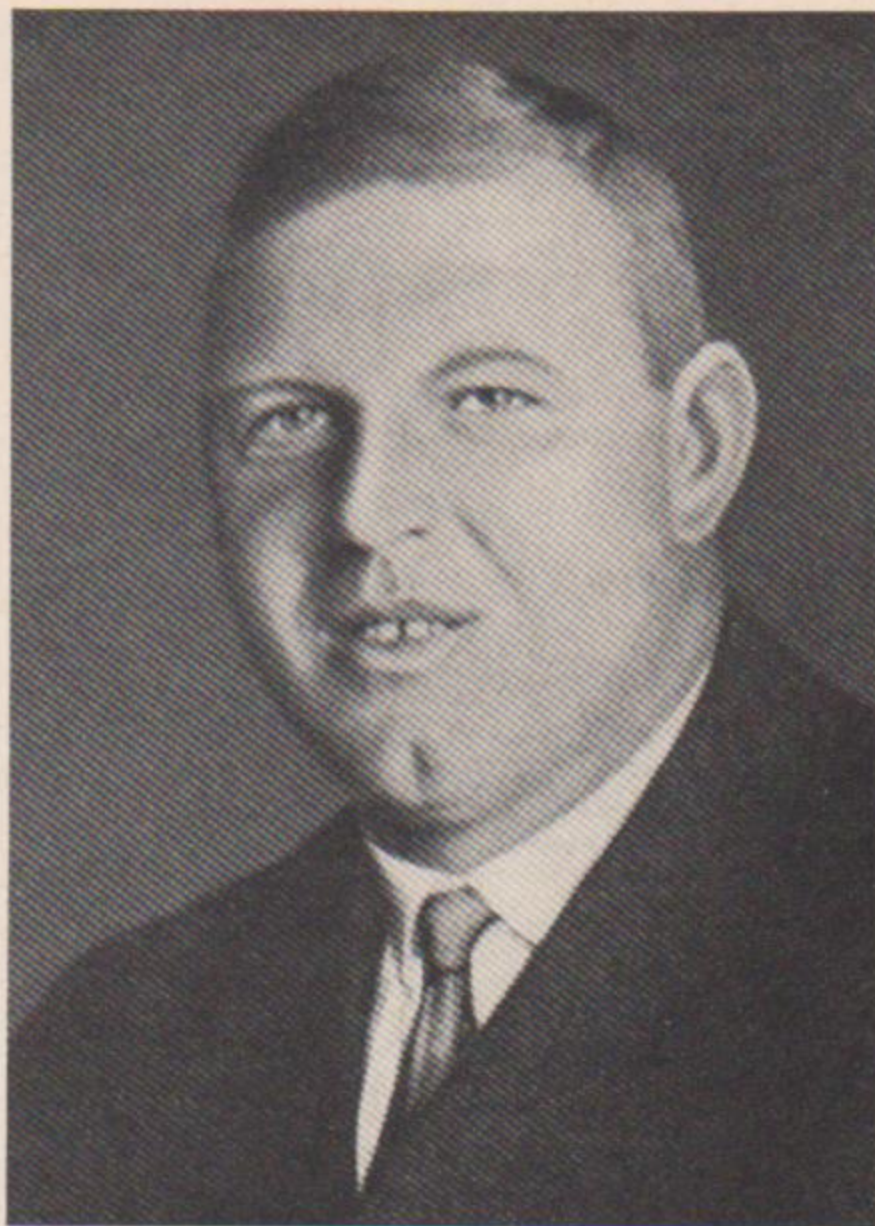
Nur ein Blick zum Fenster hinaus oder ein paar Schritte in den Park genügten, um den Heimgast und Erholungsuchenden in eine ganz andere Welt zu ver-

setzen, in eine Welt der Technik, mitten hinein in die Welt der damals ganz neuartigen Funktechnik. Funkmaste überall. In der Ferne der Funckerberg mit seinem gigantischen Mastenwald und Antennengewirr. Eine Unmenge von Masten und Türmen: 100 m hoch, 156 m hoch, 210 m hoch und gar erst der dicke Brummer mit 243 m Höhe.

Dort auf dem Funckerberg inmitten eines riesigen Funkgeländes war die Heimat der Anneliese Bönisch. Das war die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen. In dieser Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen regierte und residierte seit 1921 Telegrafendirektor Hans Gerlach. Er war ein erfolgreicher Rebell der goldenen zwanziger Jahre. Nicht ein Rebell auf dem Gebiet des Geldwesens und der Finanzen, sondern ein Rebell auf dem technischen Gebiet und auch auf dem Verwaltungsgebiet. Tausenden, Zehntausenden bekannt. Tausende und Zehntausende bewunderten diesen Kapitänleutnant a.D. Seine Amtsbezeichnung war Telegrafendirektor, dann Postrat und später Oberpostrat. Nur wenige mißgönnten ihm seinen interessanten Posten. Die zehn Finger der beiden Hände hätten dreimal, viermal ausgereicht, wollte man an den Fingern seine Gegenspieler abzählen. Wohl nur die, die ihm betrieblich und technisch nicht gewachsen waren, hätten ihm zu gern Schwierigkeiten bereitet.

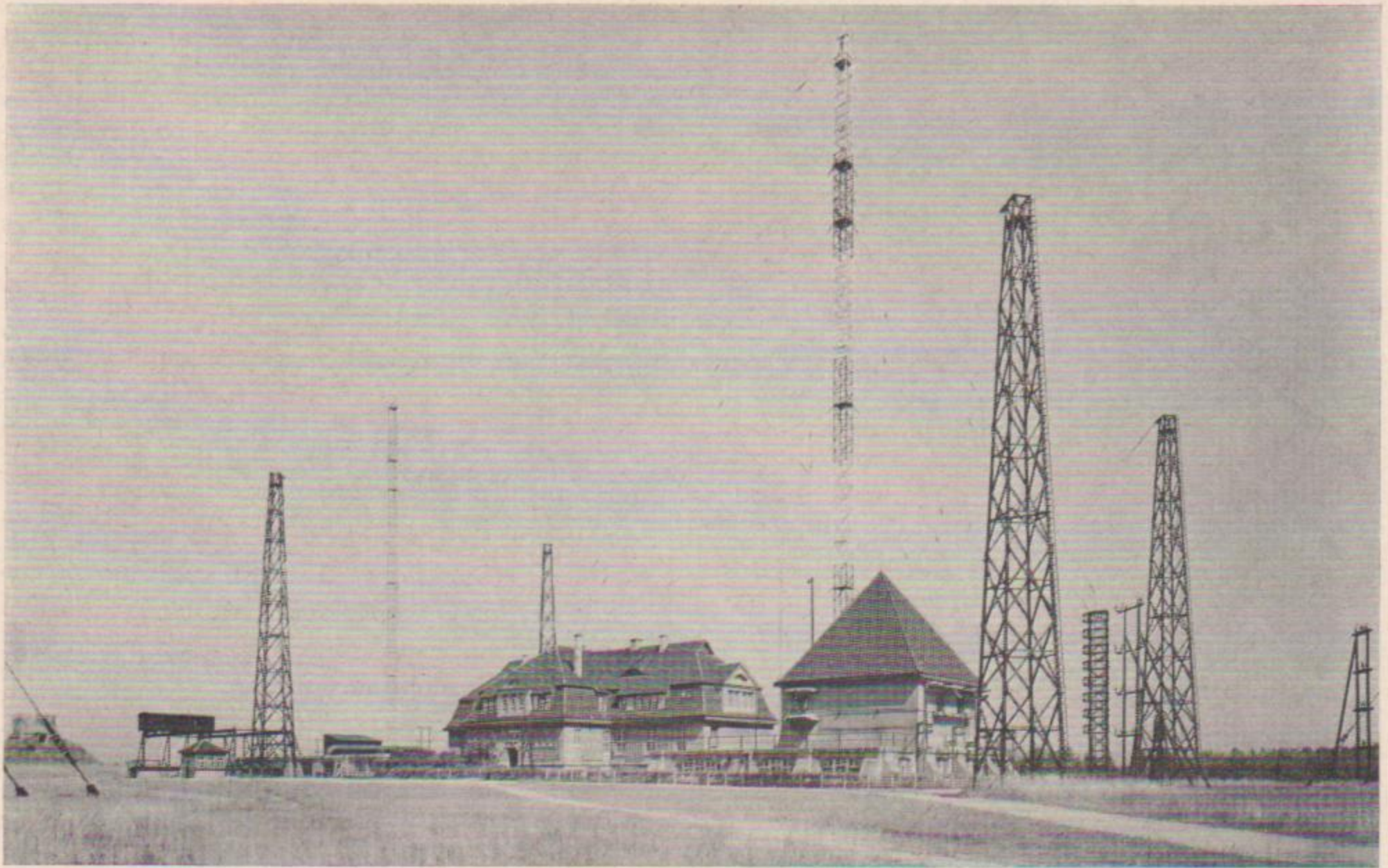
Königs Wusterhausen, das war die Stätte, in der im Herbst 1919 die Postverwaltung begonnen hatte, die während des ersten Weltkrieges gesponnenen dünnen Funkfädchen zu europäischen Ländern zu verstärken und sie durch weitere Funkverbindungen zu ergänzen. Damals das geheimnisvolle Werden einer ganz neuen Technik, umrankt von allen möglichen Vermutungen und Prophezeiungen. Nur Maste, Türme und Antennen waren für den Außenstehenden sichtbar. Unzugänglich blieben die eigentlichen Brutstätten dieser neuen

Blick in das Innere des 243 m hohen Mittelturms mit der Wendeltreppe am Senderhaus 3.



teuflischen Technik. Strenge Pförtner, hohe Drahtzäune und verschlossene Türen riegelten den Zugang zum großen Geheimnis ab. Was dahinter gebräut wurde, war unbegreiflich, war unglaublich, war Hexerei! Sprache und Musik sollten über die Antennen weit, weit weg durch die Luft transportiert werden. Alles sollte unsichtbar und unhörbar sein. Aber irgendwo in der Ferne sollte alles mittels eines kleinen Kastens wieder hörbar gemacht werden! Unmöglich, Phantasie, Hirngespinnste, keinerlei Realitäten!

Dennoch sollte alles wahr sein! Sprache und Musik sollten ohne Drahtverbindung am fernen Ort hörbar sein! Damals war der Ausdruck „Sensation“ noch nicht so bekannt, noch nicht so Allgemeingut, wie es heute landauf, landab der Fall ist. Denn sonst wäre wohl Tag für Tag in den Zeitungen von neuen Sensationen auf dem Funkgebiet berichtet worden. Außerdem war das Abhören von Funksendungen, und das muß besonders erwähnt werden, verboten und unter Strafe gestellt. Für die große Masse war das Abhören vollkommen uninteressant, weil die Morsezeichen das Feld im Äther beherrschten und wegen ihrer Schnelligkeit kaum zu entziffern waren. Es gab andere Ereignisse, die durch die Presse verkündet wurden. Hier nur ein Beispiel. Vor einem halben Jahrhundert hatte die Post im Hauptbahnhof München die ersten öffentlichen Wählmünzfernsprecher einrichten lassen. Ohne das „Fräulein vom Amt“ sollte der Anrufende selbst die von ihm gewünschte Fernsprechverbindung durch Drehen einer kleinen runden Scheibe herstellen. Das war für die damalige Zeit eine unerhörte Zumutung an den Telefonierer, das war eine ungeheure Belastung für ihn! Jedenfalls gab das genügend Anlaß für die Presse, darüber zu berichten. Vielleicht war die Inbetriebnahme eines öffentlichen Wählmünzfernsprechers in einem Hauptbahnhof schon eine besondere Sensation, vielleicht auch eine neue Errungenschaft der Technik! Heute kann das dreijährige Fräulein Tochter ohne jegliche Hilfestellung seitens der Mutti den Paps im Büro anrufen und mit ihm die neuesten Familienergebnisse und -probleme erörtern!



Senderhaus 1. In der Mitte das Verwaltungsgebäude. Rechts davon der Antennenschalraum und darunter in zwei Etagen die Senderhalle und der Maschinenraum. Links vom Verwaltungsgebäude das im Keller liegende Kraftwerk.

So ändern sich die Zeiten in einem halben Jahrhundert!

Die Sensation von heute ist von ganz anderer Art: Rundflug um die Erde und um den Mond, Umsteigen im Weltall, Flug zum Mond mit Aussteigen, Umsteigen und Einsteigen. Alles geschieht mit einer Selbstverständlichkeit und einer Genauigkeit, als gäbe es gar keine Schwierigkeiten. Und wenn es sie einmal gibt, dann will der Zuschauer alles miterleben, er will alles sehen, er will alles genauestens erfahren, Sekunde für Sekunde, im Augenblick des Geschehens. Millionen und Abermillionen von Menschen schauen auf eine Röhre und werden Ohren- und Augenzeuge von Ereignissen, die sich irgendwo im Weltall abspielen. Alles muß in natürlichen Farben gezeigt werden. Gewiß, mitunter stockt der Atem beim Anblick dieser oder jener Phase oder Episode. Doch nur für einen Augenblick. Dann interessiert wieder das Ereignis. Der Fortgang des Geschehens ist wichtig. Nur das Ereignis und die Information sind interessant. Unwichtig ist die Technik, die das alles zuwege bringt. Wie war es aber vor einem halben Jahrhundert? Vor 50 Jahren gab es keinerlei Fernsehen. Nicht einmal der Rundfunk war da! Er wurde in Deutschland erst Ende 1923 aus der Taufe gehoben. Unvorstellbar ist es für unsere Jugend, daß es nach dem ersten Weltkrieg für die Großeltern noch keinen Rundfunk und kein Fernsehen gegeben hat, dafür aber Millionen- und Milliardenengeldscheine in Hülle und Fülle!

In den nächsten Jahren wird es viele Gedenktage und noch viel mehr Gedenkaufsätze über die Entstehungsgeschichte des Rundfunks vor 50 Jahren geben. Zeiten werden wiederaufleben, für die es bald keine Tatzeugen mehr geben wird. Namen vieler Postler werden genannt werden: Minister, Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, Persönlichkeiten, die hervorragenden Anteil an der Entwicklung der technischen und betrieblichen Einrichtungen für den Rundfunk ge-

habt haben. Jene schon fast sagenhaften goldenen zwanziger Jahre waren, rein technisch gesehen, ein gewaltiger Umbruch. Auf diesem oder jenem Gebiet, besonders auf dem Funkgebiet tat sich vielerlei. Das Zeitalter der gedämpften Funkwelle ging unaufhaltsam zu Ende. Mit den ungedämpften Funkwellen war ein neues Zeitalter angebrochen. Anfangs waren es nur einige Poulensender und Hochfrequenzmaschinensender, dann die ersten Röhrensender, die mit Hochvakuumröhren ausgerüstet waren. Das war eine ganz neue Senderart, die später das große Feld der Funksendetechnik ausschließlich beherrschte. Die Art, wie die Menschen damals mit den Problemen fertig wurden, verdient heute noch Lob, Anerkennung und Bewunderung.

Beim Wiederauflebenlassen der Entstehungsgeschichte des Rundfunks sollte man den „Kleinen Mann“ nicht vergessen. Er war es, der den Ministern, Staatssekretären und Ministerialdirektoren Hilfsdienste leistete. In der Literatur wird der „Kleine Mann“ kaum erwähnt. Seine Arbeit, sein Arbeitswille, seine Zähigkeit, seine Erfolge sind vergessen. Zu der „Kleinen-Mann-Gruppe“ gehört Hans *Gerlach*, der Rebell. Seine Arbeit, sein Eingreifen und seine Entschlußfreudigkeit haben die Entwicklung des Rundfunks entscheidend beeinflußt. Unter seinen Fittichen konnte der damalige Telegrafeningenieur und heutige Amtsrat a. D. Erich *Schwarzkopf*, allerdings zum Ärger und Verdruß einiger postalischer Persönlichkeiten, in die Entwicklungsgeschichte der Vorrundfunkzeit tatkräftig und erfolgreich eingreifen und hervorragende Leistungen erzielen. Ohne den Rebellen Hans *Gerlach* hätte Erich *Schwarzkopf* nie wirken können. Hans *Gerlach* war der Mann, der den Mut besaß, das in die Tat umzusetzen, was er für richtig und zweckmäßig erkannt hatte.

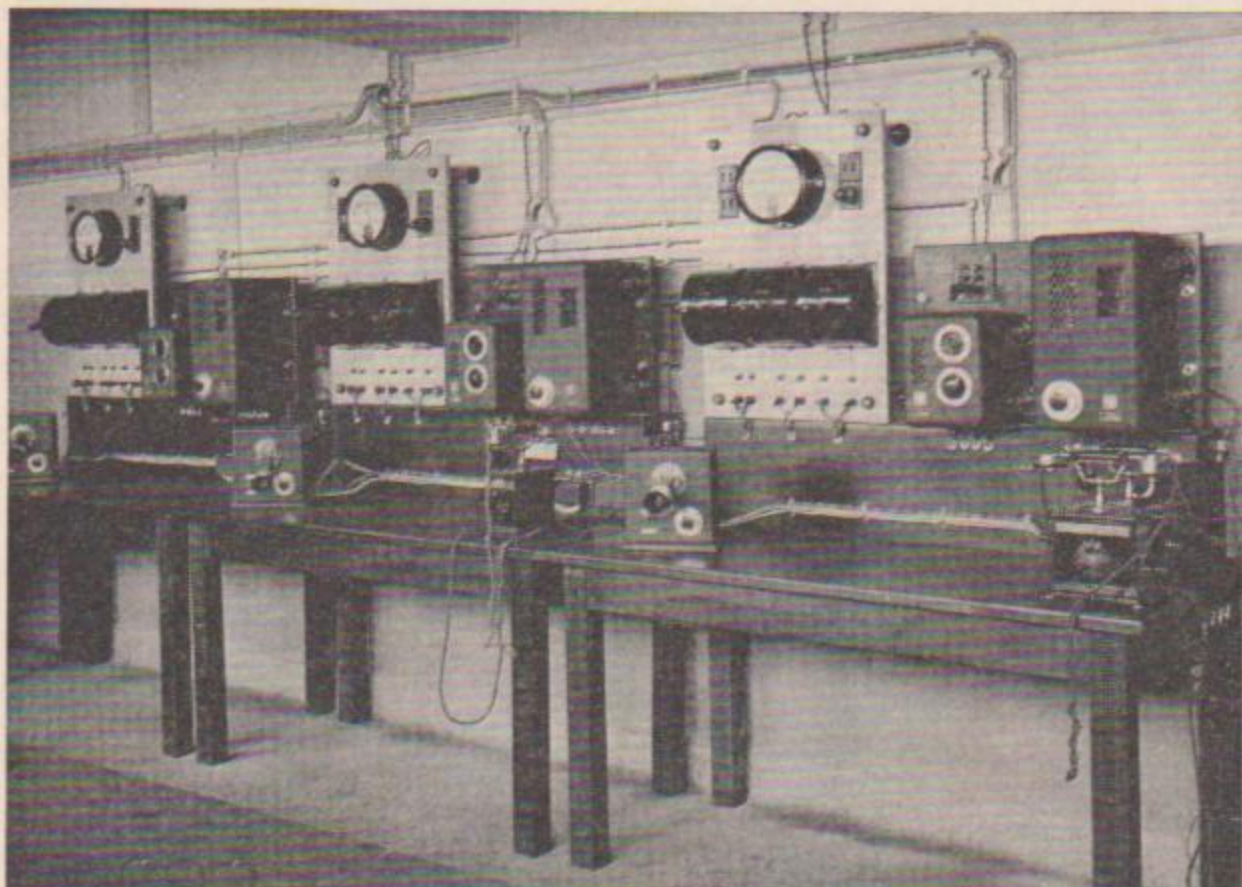
Staatssekretär Dr. *Bredow* hatte sich schon am 16. November 1919 der Königs Wusterhausener Versuchs-

anlage bedient, um der Presse die Bedeutung des gesprochenen Wortes über Funk vorzuführen. Zu Weihnachten 1920 hatte Königs Wusterhausen ein eigenes Weihnachtskonzert drahtlos gesendet. Aber es gab im postalischen Bereich ein, zwei Männer, die höllisch auf die Taten des Hans Gerlach aufpaßten und sofort mit Berichtigungen in der Presse zur Stelle waren, wenn ihre Unterwegsarbeit nicht mit dem gebührenden Ruhm überschüttet worden war. Meldungen, Berichtigungen und Gegenberichtigungen zu schildern gäbe einen neuen Artikel. Allerdings müßte in dem Artikel einleitend eine sehr wichtige Frage gestellt und beantwortet werden. Die Frage könnte lauten: „Welche Rolle hat die militärische Zentralfunkanlage Königs Wusterhausen in den Revolutionstagen des Jahres 1918 gespielt?“ Wird es möglich sein, eine solche Frage überhaupt noch nach mehr als einem halben Jahrhundert zu beantworten?

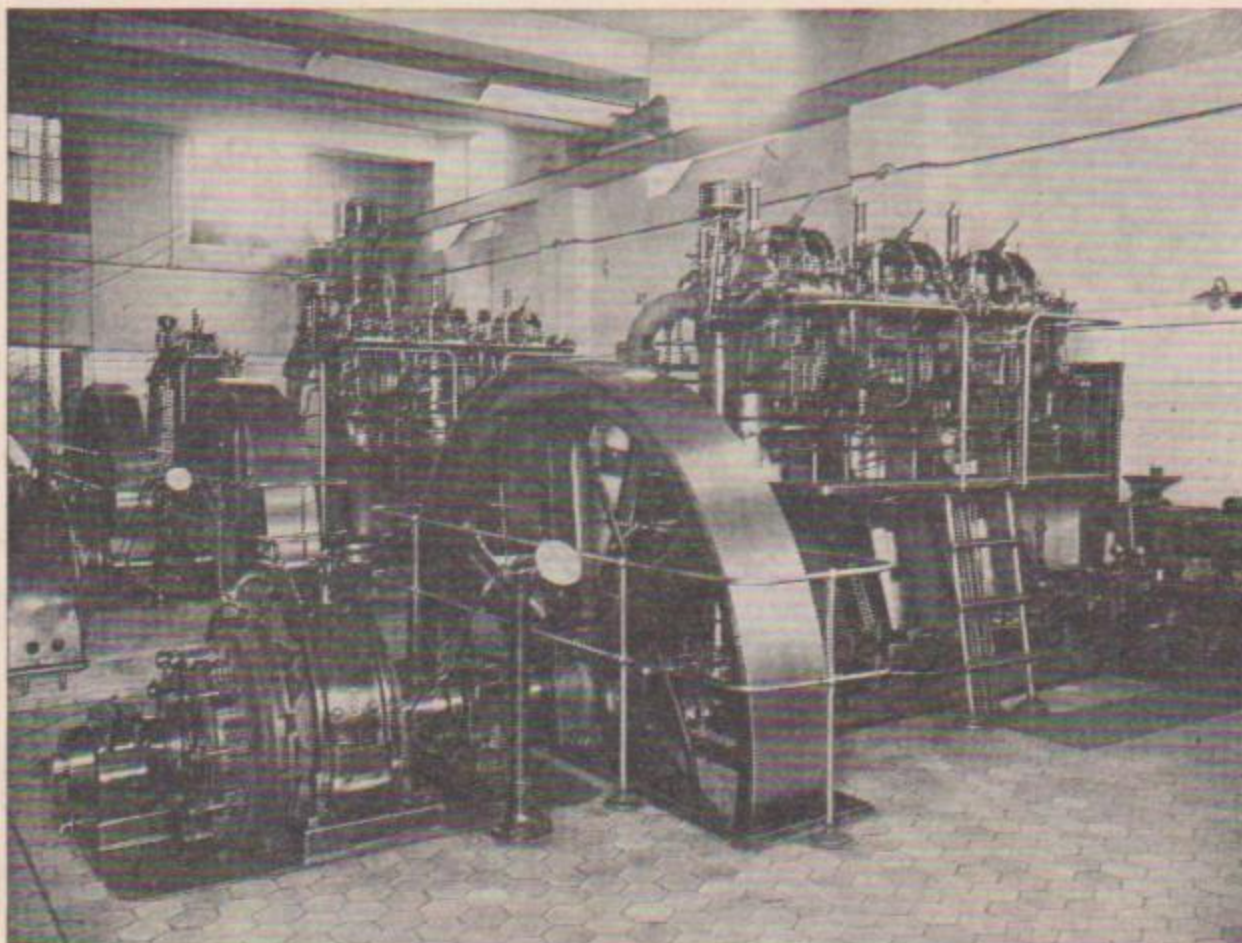
Ohne Hans Gerlach wären z.B. nie die anfangs von der Obrigkeit gar nicht genehmigten sonntäglichen Mittagskonzerte in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen veranstaltet und über einen Sender verbreitet worden. Leider gibt es nicht viele Beispiele dieser Art auf den ausgetretenen, eingefahrenen und eindeutig bezeichneten Wegen einer Verwaltung. Alles verläuft nach Plan und Vorschrift! Wirklich alles? Gibt

es nicht genug Situationen, in denen einem Vorwärtstürmer entgegengehalten wird: „Aber, Herr Kollege, das geht nicht; das können Sie nicht vorschlagen; das können Sie niemals erreichen oder verwirklichen; das ist unmöglich; andere hätten es schon längst vorgeschlagen und verwirklicht!“ – Wenn aber der Erfolg trotz aller Bedenken und Unkereien da ist, heißt es schlicht und einfach: „Ja, Herr Kollege, wenn Sie das so machen, dann mußte es klappen; das war eine einfache Sache; das war wirklich nicht schwer!“

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 wirkte sich auf den deutschen Funkdienst katastrophal, zugleich aber auch segensreich aus. Die deutsche Militärverwaltung durfte nicht Eigentümerin von Funkstellen bleiben. Sie mußte ihren gesamten militärischen Funkverkehr und -betrieb einstellen. Sie mußte auch die Zentralfunkstation Königs Wusterhausen abgeben. Nachfolgerin wurde in Königs Wusterhausen die deutsche Postverwaltung. Das Reichspostministerium übernahm am 29. September 1919 die gesamten Königs Wusterhausener Anlagen einschließlich der Sender, Empfänger, Masten und Antennen. Als postalische Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen sollten die Anlagen für den zivilen Nachrichtenaustausch nutzbar gemacht werden. Der Funk war damals das große Ereignis des Tages, genau wie es

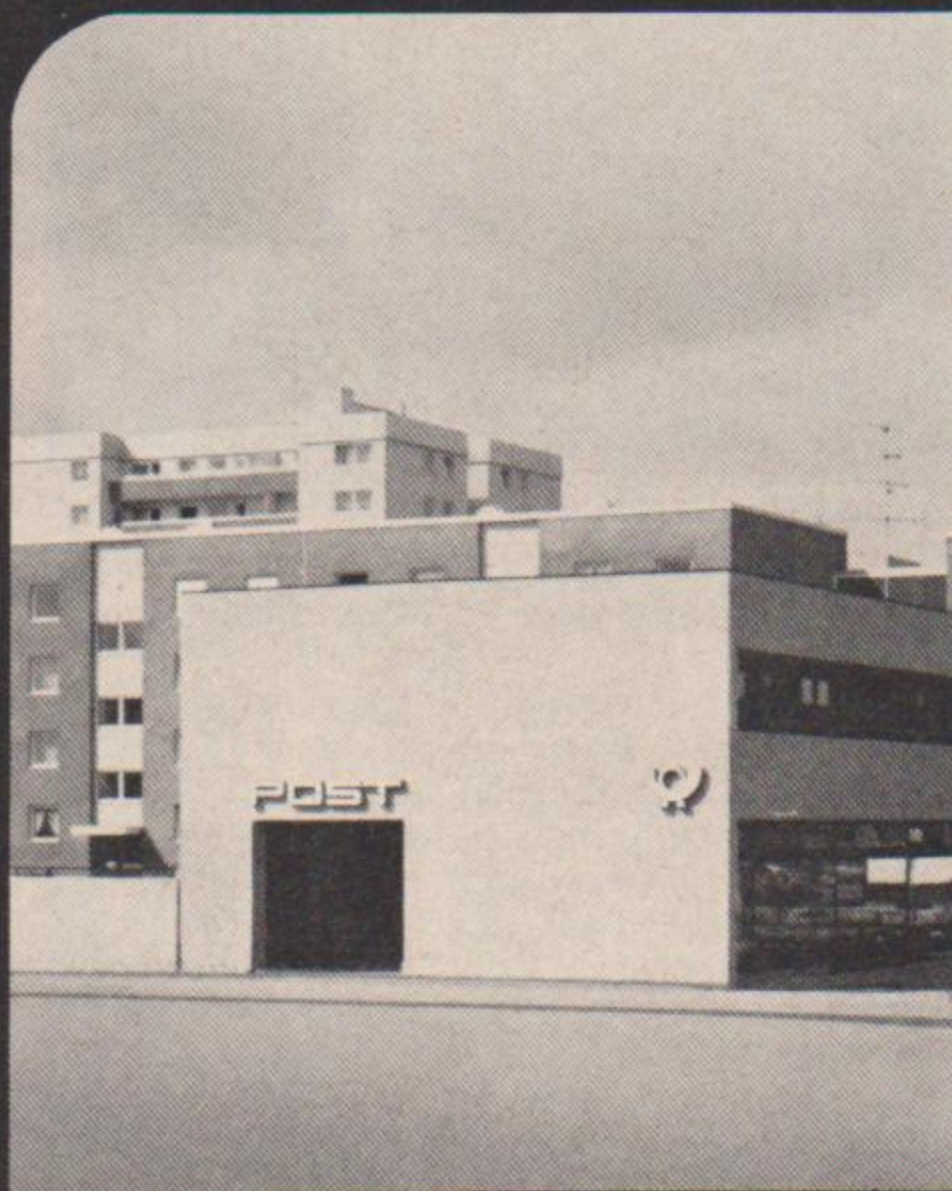


Drei Vorverstärker im Kellergeschoß des Senderhauses 3 für gewerbliche Funkdienste. In diesem Raum führte Hell seine Versuche mit dem Schreiber aus.



Das Elektrizitätswerk im Senderhaus 1.

Die Post - München Blumenau und DeTeWe



In München Blumenau entsteht ein großes Neubauviertel. Der Telefonbedarf wird sehr groß sein. Und das hat die Post rechtzeitig eingeplant. Sie baute daher ein neues Vermittlungsamt. Zusammen mit DeTeWe. Und DeTeWe schaltete schnell:

Montagebeginn: Juni 1969
Bereitstellung: April 1970

Die technischen Daten:
3620 Einzelanschlüsse
300 Zweieranschlüsse
20 Fernwahlmünzübertragungen
insgesamt ist Raum für 8.000 AE.

Facit: Kommunikationsschwierigkeiten von der Post behoben. DeTeWe half.

De Te We

**Deutsche Telephonwerke
und Kabelindustrie AG**

1 Berlin 36 Wrangelstraße 100 · Ruf 0311/610041



Das Orchester für die Sonntags-Rundfunkkonzerte Gerlach/Schwarzkopf in der Vorrundfunkzeit.



Der Königs Wusterhausener Senderraum Gerlach/Schwarzkopf mit der neuen Stoffbekleidung im Jahre 1925.

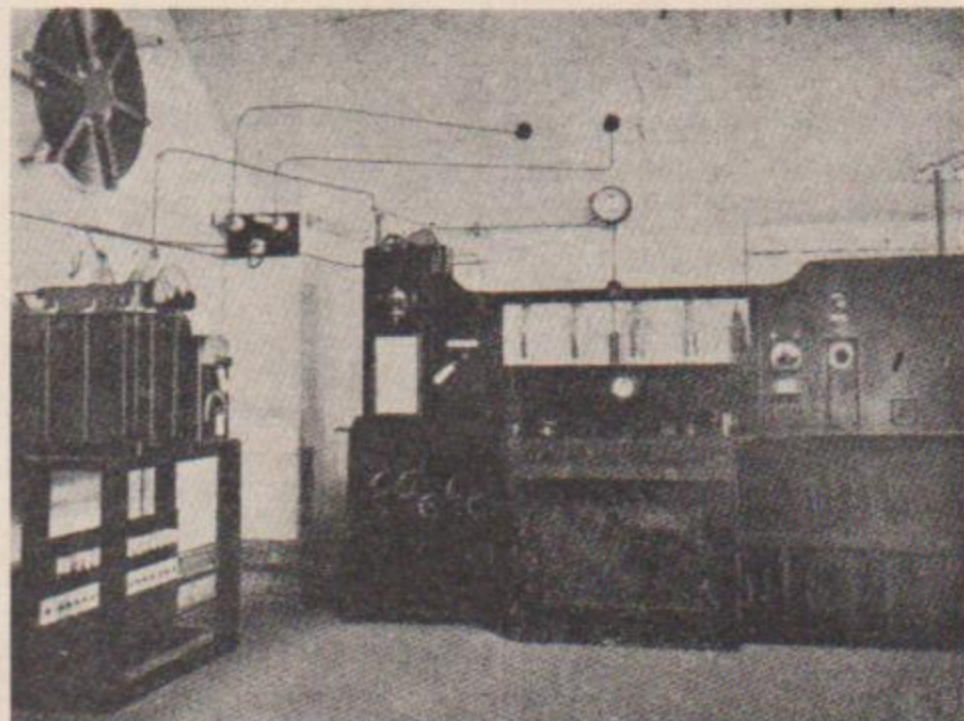
heute der Raumflug ist. Endlich konnte ein unmittelbarer funktelegrafischer Nachrichtenaustausch zwischen entfernten europäischen Funkstationen angebahnt werden, unabhängig von den unangenehmen Leitungsstörungen, die im Jahre 1919 im Telegrafennetz an der Tagesordnung waren. Auch an eine sensationelle Ausnutzung der Rundwirkung von funktelegrafischen Nachrichten an eine Vielzahl von Funkempfangsstellen war gedacht, um die Telegrafleitungen von den vielen langen und gleichlautenden Pressemeldungen zu entlasten. Schließlich spukte der phantastische Gedanke, die Rundwirkung des Funks für das gesprochene Wort zu verwenden, also das gesprochene Wort, vielleicht sogar Gesang und Musik durch den Äther zu senden und eine unsichtbare Brücke zwischen einem Sprecher oder einem Künstler oder einem Orchester zu Tausenden oder gar zu Millionen von Hörern in aller Welt zu schaffen!

Diese Zeitumstände müssen ganz kurz geschildert werden, wenn vom Rebellen Hans Gerlach gesprochen werden soll. Ein Weltkrieg war verloren. Elsaß-Lothringen, Posen und Westpreußen wurden abgetreten. Die Männer, die bei der Militärverwaltung auf dem Gebiet des Funkwesens tätig waren, mußten sich einen neuen Arbeitsplatz suchen. Sie wanderten zu den Funkfirmen und zu den Ministerien. Sie strömten auch zu postalischen Dienststellen, zum Reichspostministerium, zum Funkbetriebsamt (dem späteren Telegrafentechnischen Reichsamt), zu den Funkreferaten der Oberpostdirektionen und natürlich auch zur Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen. Die Menschen kannten sich durch ihre jahrelange Zusammenarbeit. Sie waren eine unzertrennliche Gemeinschaft. Jeder kannte jeden, und das kollegiale „Du“ war selbstverständlich, nachdem jeder einen

neuen Arbeitsplatz, ganz gleich an welcher Stelle und in welchem Ort, gefunden hatte und die „militärische Arbeit“ einer Vergangenheit angehörte und alles an allen Stellen durch „Zivilisten“ neu gestaltet werden sollte und mußte.

Wie sah es an der Jahreswende 1923/24 in Deutschland und insbesondere im Berliner Oberpostdirektionsbezirk aus? Die Inflationszeit war zu Ende gegangen. Die Millionen-, Milliarden- und Billionengeldscheine hatten ihr Leben ausgehaucht. Die Rentenmark hatte das Licht der Welt erblickt. Und der Rundfunk war ganz offiziell geboren. Im Reichspostministerium residierten Dr. Höfle als Postminister und Dr. Bredow als Staatssekretär für das Telegrafennwesen. Für die Funkangelegenheiten war im Reichspostministerium die Abteilung V mit Ministerialrat Geh. Postrat Buntkirchen als Leiter zuständig. Ihm waren zugeteilt Ministerialrat Dr. Neugebauer für die Funkgesetzgebung, Oberpostrat Giesecke für den Unterhaltungsrundfunk und für private Funkanlagen sowie für den Zeit- und Wetterdienst, Postrat Reipert für Großfunkstellen, Funktechnik und Versuche, Postrat Barckhausen für Internationale Verträge und für den Auslandsfunkdienst und Postrat Brand für Schiffsfragen, für den Küsten- und Bordfunkdienst, für Funkpersonal und für die Pressestelle. Dem Reichspostministerium waren also vorbehalten die Ausführung der internationalen Verträge, der Gesetze und Verordnungen, die Überwachung der Durchführung des Verkehrs und die Entscheidung über grundsätzliche Fragen, unter Umständen im Benehmen mit den beteiligten Behörden und Kreisen. Der Vollständigkeit halber müssen auch die Abteilung München des Reichspostministeriums und die Oberpostdirektion Stuttgart erwähnt werden; sie waren für den Funkverkehr innerhalb Bayerns bzw. innerhalb Württembergs zuständig.

Das Telegrafentechnische Reichsamt (zuvor: Funkbetriebsamt) befaßte sich mit der technisch-wissenschaftlichen Weiterentwicklung, regelte die Einzelfragen, bereitete die Entscheidungen des Reichspostministeriums vor, besorgte den Bau der Reichsfunkanlagen und war zugleich Oberbetriebsleitung für den täglichen Funkdienst wie Wellenverteilung, Wellenüberwachung, Aufstellung der Verkehrspläne und dergleichen. Präsident war Prof. Dr.-Ing. Wagner. Die Abteilung IV Funkwesen leitete Oberpostrat Dr.-Ing. Harbich. Ihm waren vier Referenten zugeteilt: Postrat Thurn für den Betrieb im Reichsfunknetz, für den Küsten- und Rundfunkbetrieb, für private Funkanlagen



Der in der Vorrundfunkzeit von Schwarzkopf geschaffene Rundfunksender, den es eigentlich gar nicht hätte geben dürfen.

und für den Unterhaltungsrundfunk; Postrat *Borgsmüller* für die Einrichtung und den Betrieb der Sonderfunkdienste; Postrat *Münch* für das Beschaffungswesen für den Funkdienst; Postrat *Semm* für den Bau von Funkanlagen. Die Entwicklung der drahtlosen Telegrafie und Telefonie und die Prüfung von Rundfunkgeräten waren weitere Arbeitsgebiete der Abteilung IV. Hier waren beteiligt die Posträte Prof. Dr. *Leithäuser*, *Banneitz*, *Eppen*, *Hahn* und *Trautwein* und die wissenschaftlichen Hilfsarbeiter v. *Bardeleben*, *Horning* und *Weichart*.

In der Oberpostdirektion Berlin hatte Postrat Dr. *Wratzke* das Funkreferat inne. Dann kamen auf den Funkstationen, in den Funkbetriebsstellen und in den Funkverwaltungsstellen die Herren „Leutnants“ und schließlich die „Grenadiere“, das Fußvolk, die Namenlosen. Es war auf postalischer Seite ein munteres und lebendiges Funkervölkchen. Wieviele Namen müßten noch genannt werden, um auch die Firmen in den Kreis der Funker einzubeziehen. Telefunken, Lorenz, AEG, Brown Boveri, Siemens, Honnef und viele andere hatten hervorragende und weltbekannte Persönlichkeiten von der Militärverwaltung übernommen. An dieser Stelle seien schließlich noch zwei Namen genannt: *Pohontsch* und sein Nachfolger *Harder*. Sie leiteten das Großsenderlaboratorium in Zeesen; auch sie gehören zur alten Garde der Funker. Wieder schließt sich über ein halbes Jahrhundert hinweg der Kreis mit dem letzten Namen. *Harder* damals unermüdlich im Großsenderlaboratorium tätig. Und heute? Weiterhin als Pensionär unermüdlich tätig; er leitet die Redaktion dieses Nachrichtenblatts in seiner Eigenschaft als Vizepräsident a. D.

Zur Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen kam am 1. Februar 1921 Kapitänleutnant a. D. *Hans Gerlach*. Am 10. November 1890 geboren. Mit 20 Jahren FT-Fähnrich auf S.M.S. Berlin und bereits an drahtlosen Telefonieversuchen mit einem Lorenz-Poulsen-Sender beteiligt. Dieser „alte Hase“ auf dem Funkgebiet wurde drei Monate nach seinem 30. Geburtstag Amtsvorsteher der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen mit dem Titel Telegrafendirektor. „Auf dem einen Ohr taub! Auf dem anderen Ohr höre ich nichts“ war seine ständige Entschuldigung, gleichgültig ob er mit einem Angehörigen der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen sprach, oder ob er vor einem größeren Kreis von Besuchern stand und über sein Aufgabengebiet einen Vortrag hielt. Die Schwerhörigkeit war nicht abzustreiten. Aber es gab Situationen, in denen *Hans Gerlach* geflüsterte Worte mitbekam. War es vielleicht so, daß ein Untergeräusch, etwa der Maschinenlärm, ein Transformatorensummen oder ein Dieselsausen als Reizschwelle vorhanden sein mußte, um die überlagerten Worte verständlich werden zu lassen? Mitunter konnte der Eindruck entstehen, als wolle *Hans Gerlach* nur etwas Zeit gewinnen, um über eine Frage nachzudenken und um dann die richtige Antwort, gewürzt mit einem Anekdotchen oder einem treffenden Vergleich, präzise und prägnant zu geben.

Telegrafendirektor *Hans Gerlach* war ein erfolgreicher Rebell der zwanziger und dreißiger Jahre! Da stellte er sich in Positur. 1,85 m groß. Eine blonde Wikingergestalt! Die Besucher überragte er durch seine Größe. Er war der Mittelpunkt einer jeden Besuchergruppe und ein vollendeter Kavalier vom Scheitel bis zur Sohle. Immer blieb er ein großartiger und charmanter Gesellschafter, gleichgültig ob er sich im Kreis von hohen und höchsten Postlern oder Direktoren von

Weltfirmen, Organisationen oder Verbänden, staatlichen oder internationalen Gremien befand, oder ob er eine kleine Besuchergruppe von Funkamateuren oder Radler und Radlerinnen durch die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen führte. *Hans Gerlach* war aber nicht nur ein Kavalier. Er war auch ein sehr guter Kegler und ganz besonders ein passionierter Jägermann, der so manchen Bock und Hasen, so manches Rebhuhn und so manche Elster auf dem weiten Funkgelände vom blühenden Leben in den kalten Tod beförderte. Er war ein kraftvoller und temperamentvoller Tennisspieler, der es als Rebell fertig brachte, daß vor bald einem halben Jahrhundert der Postsportverein Berlin im Winter in einer Halle auf dem Funckerberg-Kasernengelände dem Tennissport huldigen konnte. War jene Halle, in der während des ersten Weltkrieges die berittenen Funker mühsam und schweißtriefend das Reiten erlernten, vielleicht die erste Tennishalle Deutschlands oder gar Europas? Auf jeden Fall waren viele bekannte Tennisspieler wie *Prenn* und *Moldenhauer* häufig Gäste in dieser Halle.

Hätte es vor fünfzig Jahren Fußbälle, Skier und Autos in den Mengen gegeben, wie es heute der Fall ist, wäre *Hans Gerlach* Fußballtrainer und Skilehrer der europäischen Spitzenklasse und ein Autofahrer zumindest der deutschen Elite geworden. *Hans Gerlach* liebte seinen Sport. Er liebte auch seinen Beruf als Amtsvorsteher der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen, und er liebte seine Gattin, seine Anna, seine Änne, eine anmutige, zarte, lebenswürdige und charmante Belgierin. Sie begleitete ihn täglich auf dem Fünf-Minuten-Weg von der Wohnung im früheren Offizierskasino zum Stationshaus 1, morgens und nachmittags. Bei schönem Wetter brachte das Hänschen sein Ännchen am Nachmittag zum Tennisplatz, der unmittelbar hinter dem Kammergebäude des Kasernengeländes inmitten einer Kiefern-schonung lag. Dort trafen sich Direktors und Doktors, Apothekers und Postlers und viele andere. Auch Postreferendare und Postassessoren waren dabei, um sich für zwei Stunden in der Technik des Tennissports zu vervollkommen, und um sich gleichzeitig dabei von den wochenlangen Untersuchungen an den Funk-sendern, von den Wälzereien in Statistiken und Tagebüchern, von den Grübeleien über die Ursachen von Störungen aller Art und von den Überlegungen auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung zu entspannen und dabei vielleicht doch neue Gedanken für die Prüfungsarbeit zu erhaschen. Des Direktors Änne war mit dabei, wenn ein wildes Kaninchen über den Weg lief und das Leben durch einen einzigen Schuß ihres Gatten dahingeben mußte und der Jagdhund das tote Tierchen apportierte, allerdings zum großen Leid der Funckerbergkinder, die es bedauerten, daß sich die Zahl der niedlichen Osterhäuschen durch den großen Jägermann, der ständig eine Flinte bei sich trug, wieder um eins verringert hatte.

Frau *Anna* war die Seele des Gerlachschen Hauses. Sie war, wie wir heutzutage auf gut hochdeutsch sagen würden, the first lady of the Funckerberg. Sie war mit von der Partie, wenn im Sommer am späten Abend in dem kleinen Garten am Rande des Funkgeländes die Mohrrüben und Erdbeeren, die Salatpflanzen und Kohlrabis, die niedlichen Obstbäumchen und Beerens-träucher großen Durst hatten und nach einem Schluck Wasser verlangten. In der Wassertonne wurde die Gießkanne gefüllt und das Wasser dann portionsweise den Pflänzchen zugeteilt, es sei denn, daß der Wasserdruck auf dem Funckerberg so hoch war, daß der

Wasserschlauch ausgerollt und die Pflänzchen mit einem hauchdünnen Strahl bestäubt werden konnten. Ja, Frau Anna war die Seele. Sie führte auch die „wilden“ Funker am Zügel, die nach stundenlangen Besprechungen und Versuchen in Direktors Stationshäusern genau so Durst wie die Salatpflänzchen in

Direktors Garten bekommen hatten und nun auf der Terrasse nach einem kühlen Schluck lechzten und trotz des anstrengenden und heißen Tages noch einen Doppelkopf spielen wollten.

Fortsetzung im folgenden Heft

Mitteilungen aus den Bezirksvereinen

Bezirksverein München

Wie schon in den vergangenen Jahren hat der Bezirksverein München auch in diesem Jahr vor Beginn der großen Ferien zu einem Sommerausflug eingeladen. Diesmal sollte es nach Innsbruck gehen, wo ein Zusammentreffen mit den Kollegen des Akademiker-Verbandes der Post- und Telegrafverwaltung Innsbruck stattfinden sollte.

Mit 2 Bussen setzten sich am Morgen des 13. 6. 1970 die Teilnehmer, darunter 16 Kinder, bei strahlendem Sommerwetter Richtung Süden in Bewegung. Es ging über Tegernsee – Rottach – Kreuth – Achenpaß – Achensee zum 1. Haltepunkt Kanzelkehre am Achensee, wo sich dem Besucher ein einmalig schöner Blick in das weite Inntal eröffnete. Hier erwarteten uns der Präsident der Post- und Telegrafendirektion Innsbruck Dr. Rutscher mit den Hofräten Dr. Aust und Dr. Lose sowie dem Leiter des Akademiker-Verbandes PR Dr. Heiland zur Begrüßung. Nach einem herzlichen Willkommensgruß im Omnibus ging die Fahrt mit den genannten Herren weiter in die Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck, eine der schönsten gelegenen Alpenstädte.



1

In Innsbruck erwartete uns ein ausgefülltes Tagesprogramm. Zunächst führte uns der Leiter des Tiroler Landesreisebüros Dr. H. in einer Stadtrundfahrt an die historisch bedeutendsten Punkte der Stadt und gab einen äußerst interessanten Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung von Innsbruck. Durch den Verkehr im Inntal und über die Brennerstraße nach Italien hat die Stadt stets große Bedeutung gehabt. Schon 1239 wurde ihr das Stadtrecht verliehen. Heute ist Innsbruck Mittelpunkt des Handels in Westösterreich, eine internationale Kongreßstadt und Fremdenverkehrszentrum.

Beim anschließenden Mittagessen in einem Innsbrucker Restaurant hat der Leiter des Akademiker-



2

Verbandes der Post- und Telegrafverwaltung Innsbruck, Herr Dr. Heiland, den Bezirksverein München mit herzlichen Worten begrüßt und mit großer Freude festgestellt, daß ein lang gehegter Wunsch nun endlich in Erfüllung gegangen sei.



3

- 1 Stadtrundfahrt (Berg Isel).
- 2 Begrüßung durch den Leiter des Akademiker-Verbandes, Dr. Heiland, während des Mittagessens.
- 3 Präsident der Post- und Telegrafendirektion Innsbruck Dr. Dr. Rutscher (links).
1. Vorsitzende des Bezirksvereins München Frau Dr. Söldner (rechts).

Der nun folgende Verdauungsspaziergang über einen anmutigen Höhenweg mit herrlichem Ausblick auf Innsbruck führte uns zum Alpenzoo, eine besondere Attraktion für die Kinder.

Den Abschluß des Tages bildete dann noch ein gemütliches Beisammensein im Alpenhotel „Maximilian“ in Scharnitz, wo sich inzwischen 20 weitere Mitglieder des Innsbrucker Akademiker-Verbandes eingefunden hatten. Bei „Wiener Schnitzel“ und erfrischenden Getränken, wozu die Münchner Teilnehmer von den Innsbrucker Kollegen ausdrücklich eingeladen waren, wurde nun in aufgelockerter Sitzordnung ein reger Gedankenaustausch über persönliche und dienstliche Fragen geführt.

Die 1. Vorsitzende des Bezirksvereins München, Frau Dr. Söldner, bedankte sich in einer kurzen Tischrede für die große Gastfreundschaft und Liebenswürdigkeit, mit der wir hier empfangen wurden und lud den Akademiker-Verband Innsbruck zu einem Gegenbesuch nach München ein. Nach 3stündigem Beisammensein in fröhlicher, gelöster Stimmung verabschiedeten sich die Münchner und Innsbrucker Postbeamten wieder voneinander, wobei der eine oder andere vielleicht die Genugtuung empfand, ein Stück zur praktischen Verwirklichung des europäischen Gedankens beigetragen zu haben. Alle aber hatten bei der Heimfahrt das Gefühl, daß „so ein Tag, so wunderschön wie dieser“, nicht hätte so schnell vorübergehen dürfen.

Die 08er

Historisch-kritische Bemerkungen zu einer erloschenen Laufbahn

Ministerialdirektor a. D. Dr. Lapp, Frankfurt am Main

Als ich am 31. März 1909 als Posteleve bei der Deutschen Reichspost in Königsberg/Pr. eintrat, waren als höhere Beamte der sog. „Stephanlaufbahn“ so viele Beamte vorhanden, daß deren Aufstiegsaussichten hoffnungslos schlecht erschienen. Die Nummern der Rangliste reichten an die 5000 heran. In mittelgroßen Ämtern – ich nenne das PSchA in Kbg und das PA1 in Kiel, die ich aus eigener Erfahrung kenne – waren neben dem AV je 4 höhere Beamte beschäftigt, als „u.s.P.D.“ wie wir scherzhaft im Anklang an die linke Flügelpartei der SPD sagten. Von den höheren Beamten wurde das Abitur, aber keine akademische Vorbildung verlangt. Dagegen wurden sie auf Dienstposten des Betriebsdienstes als Stellenvorsteher und Abteilungsleiter monatelang, ja jahrelang festgehalten. Die Bezirksaufsichtsbeamten – OPI, damals höherer Dienst – befanden sich an der Majors Ecke der Post. Wie beim Militär, bei dem der Major entweder auf ein totes Geleis abgeschoben, oder als Oberstleutnant zu weiterer Beförderung vorgesehen war, wurde der OPI entweder als Postdirektor zwar befördert, aber damit kaltgestellt oder es eröffnete sich ihm mit Ernennung zum Postrat die Aussicht auf ein dienstliches Weiterkommen.

Im Jahre 1908 – daher die Bezeichnung 08er – wurde eine neue Laufbahn für die höheren Postbeamten geschaffen. Wohl nach dem Vorbilde der preußischen Berg- und Forstverwaltung wurden Posteleven – es gab damals auch Berg- und Forsteleven – in einem praktischen Jahre sehr eingehend von der Pike auf ausgebildet. Ich habe 6 Monate bei dem später wenig rühmlich bekannt gewordenen PA Rastenburg/Ostpr. zugebracht, dann 2 Monate in Gerdauen (PA2. Klasse), 1 Monat in Schippenbeil (PA3. Klasse), 2 Monate beim TA (damals zugleich FA) Kbg und dann wieder abschließend in Rastenburg – in seinem Bereich lag das Hauptquartier Hitlers im Kriege, die „Wolfsschanze“, in dessen schönes, damals unberührtes Waldgebiet ich oft Sonntagsausflüge machte. Im Anschluß daran absolvierte ich meine Militärzeit. Aus den 12 Monaten wurden 62, da der 1. Weltkrieg ausbrach, in dem ich nicht bei der Feldpost und nicht bei der Nachrichten-truppe, wie vielfach in Kollegenkreisen üblich, sondern

zweimal verwundet, bei einem aktiven Regiment an der Front war.

Als ich im Dezember 1918 beim PA 1 in Kbg meinen Dienst wieder aufnahm, wurden die für mich noch fehlenden 2^{1/2} Jahre Postreferendarzeit als Kriegsteilnehmer auf 1^{1/2} Jahre verkürzt, so daß ich bereits im Juli 1920 beim RPM in Berlin mein Postassessorexamen machte.

Die vor uns amtierenden Kollegen sahen mit Mißtrauen auf die gering ausgebildeten 08er. Als ich knapp 4 Jahre nach meinem Assessorexamen als Stellvertreter des AV und einziger Abteilungsleiter des höheren Dienstes an Stelle der 4 bisherigen erfahrenen älteren Kollegen nach Kiel 1 versetzt wurde, konnte ich es meinem AV nicht verargen, daß er mir bei der Meldung offen seine Zweifel äußerte, ob ich dem neuen Posten gewachsen sein würde.

Die penible Ausbildung der „Stephanleute“ hatte ihre bekannten Vor- und Nachteile. Ich kenne eine ganze Reihe von älteren Kollegen, die sich neben eingehenden Berufskennnissen durch großzügige, treffende Menschenbeurteilung auszeichneten und als Leiter großer Ämter und von OPD Bezirken sehr Gutes leisteten. Natürlich gab es auch manche, denen die Eierschalen subalternen Erziehung anhafteten.

Ein Fehler in den Ausbildungsvorschriften der 08er wurde bald erkannt und abgestellt. Wenn auch die Technik noch nicht die Rolle spielte wie wenige Jahre später, wenn es auch erst nur für die Baubeamten eine besondere Laufbahn gab und noch keine für die M, V und sonstigen Angehörigen, so ergab sich doch bald zwangsweise eine Unterscheidung nach P und T Beamten. Die Klausurarbeiten in meiner Postreferendarprüfung hatten folgende Themata: 1.) „Über Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Verträgen“ – ohne Hilfsmittel (BGB usw.) – was mich übrigens veranlaßte, dem Aufsichtsführenden zu sagen, daß ich den § 149 BGB auswendig zitiert hätte, um nicht in den Verdacht zu kommen, „abgeschrieben“ zu haben; 2.) „Darstellung wichtiger galvanischer Stromverzweigungen und ihrer Anwendung in freier Auswahl.“

Ich hatte schon die vorgeschriebenen physikalischen Vorlesungen an der Universität in der ausgesprochenen Absicht gehört, sie nur für das Examen zu „pauken“. Tatsächlich habe ich diese Kenntnisse während meiner ganzen Laufbahn nie gebraucht. Dagegen habe ich stets (und wie ich glaube, nicht ohne Erfolg) mich bemüht, die Vorschriften der ADA, soweit sie sich auf den Postbetrieb bezogen, gründlich kennen zu lernen, und habe, siebenmal versetzt, dazu in praxi gute Gelegenheit gehabt – auf den PSchÄ Kbg und Erfurt und beim PA in Kiel 1 als Postdirektor, als BAB in Erfurt, als Postbetriebsreferent bei der OPD in Breslau usw.

Zahlenmäßig sind die 08er früh stark „dezimiert“ worden. Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen sind in den Jahren 1908 bis 1914 rund 140 Beamte als Posteleven angenommen worden. Mit dem 1. Weltkrieg wurde ihre Annahme eingestellt. Dieser Krieg forderte von uns prozentual besonders starke Verluste. Ebenso traf meine Sonderlaufbahn nach dem 1. Kriege schwer die Abgabe an andere Verwaltungen, namentlich an die damals neu gebildete Reichsfinanzverwaltung. Jedenfalls schmolzen wir auf etwa 65 zusammen. Der letzte ist 1961 in den Ruhestand getreten. Die Auswahl der 08er bei der Annahme ist sehr streng gewesen. Das ist mir mündlich von so kompetenter Stelle, wie von dem langjährigen hochverdienten Staatssekretär Dr. Sautter bestätigt worden. Aus dem kleinen Kreise haben erreicht

| | | | | |
|----|-----|----------|-------|-----------------------|
| 2 | die | Stellung | eines | Ministerialdirektors |
| 3 | „ | „ | „ | Ministerialdirigenten |
| 10 | „ | „ | „ | Präsidenten. |

Bei unsern alljährlichen Zusammenkünften in Ffm machte einmal Dr. Fenge in einer Gesprächspause die trockene Bemerkung: „Wir sind doch eigentlich ein ganz anständiger Club . . . keiner unter A 16!“

Rühmend hervorzuheben ist das Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns: wenn auch der Tod unter den jetzt 75–82jährigen naturgemäß reiche Ernte gehalten hat, so haben sich doch in den letzten Jahren bisher

stets 7–10 zusammengefunden, welche die Reise aus Kiel, Dtmd, Kln, Klrh usw. nicht gescheut haben.

Meinen alten Kollegen rief ich beim letzten Treffen ein paar Verse eines ostpreußischen Dichters zu, die ich auch meinen Lesern an dieser Stelle nicht vorenthalten will und deren sie sich erinnern mögen, wenn sie einmal alt werden:

Kommst Du tief in hohe Jahre,
Trag es lächelnd – würdevoll,
Daß ja niemand rings erfahre
Deinen insgeheimen Groll!
Bleib bemüht trotz manchem Übel
Unverdrossen stramm zu stehn –
Wie ein alter Fachwerkgiebel –
Unmodern und dennoch schön!

Das 624-DM-Gesetz wirkungsvoll nutzen Zinsgünstiges und unkündbares Baugeld vom BHW

Durch das am 27. Juni 1970 verkündete Dritte Vermögensbildungsgesetz wurden die prämiengünstigen Beträge von bisher 312,- bzw. 468,- DM auf einheitlich 624,- DM im Kalenderjahr erhöht, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1970. Ab 1971 ist eine Arbeitnehmersparzulage in Höhe von 30 % bzw. ab drei unterhaltsberechtigten Kindern 40 % der vermögenswirksamen Leistung anstelle der bisherigen Steuer- und Sozialabgabenfreiheit vorgesehen.

Wie das Beamtenheimstättenwerk mitteilt, machen zahlreiche Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes von der Möglichkeit Gebrauch, die prämiengünstigen Beträge durch Überweisung auf einen Bausparvertrag mit dem Beamtenheimstättenwerk zu nutzen. Daraus ergibt sich ein Rechtsanspruch auf unkündbares, zinsgünstiges Baugeld und damit ein Vorteil, den nur das Bausparen bietet.

Ausführliche Informationen erteilen die Beratungsstellen und Vertrauensleute des Beamtenheimstättenwerks. Eine Informationsschrift kann vom Beamtenheimstättenwerk, 325 Hameln, Kastanienwall, kostenlos angefordert werden.

Neuerscheinung

Im Rahmen der „Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst“ erscheint in diesen Tagen als Band 61

ALFONS STADLER

„Personalführung im öffentlichen Dienst“

DIN A 5 Umfang 192 Seiten kartoniert DM 18,-

Das Buch, mit dem eine auf diesem Gebiet vorhandene Lücke geschlossen wird, ist von einem Sachkenner geschrieben, dessen langjährige verwaltungsjuristische Tätigkeit bei der Deutschen Bundespost und vieljähriger Lehrauftrag ihn hierfür besonders geeignet erscheinen lassen. Hinzu kommen einschlägige psychologisch-pädagogische sowie soziologische und philosophische Studien, welche in dem Buch ihren Niederschlag gefunden haben.

Es bietet Führungskräften und all denen, die in irgendeiner Form mit Menschenführung zu tun haben, einen zuverlässigen Leitfaden, der es ermöglichen soll, die Zusammenhänge zu erkennen und die entsprechende Nutzenanwendung zu ziehen. Gerade jetzt kann dem Buch eine hohe Aktualität und entsprechender Wert nicht abgesprochen werden. Es wird jedem Benutzer eine wertvolle Hilfe bei der Lösung der vielfältigen Probleme in der Personalführung sein.

Bestellungen über den Buchhandel oder an den Verlag erbeten.

DAMM-VERLAG KG · GOSLAR – BRAUNSCHWEIG